Aktion Sühnezeichen Friedensdienste

zeichen
Nr. 2 | Herbst 2026

Ein Raum für alle?!

Zwischen gelebter Inklusion und neuer alter Ausgrenzung



Inhaltsverzeichnis

3 Editorial

THEMA

4 Wer gehört dazu?
Verena Bentele

8 Keine Einzelfälle – extrem rechte Gewalt gegenüber Menschen mit Behinderungen
Katja Sternberger und Johanna Schiffner

10 Freiheit kann man nicht simulieren
Konrad Weiß

12 »Holocaust und Krankenmorde waren eng verwoben«
Interview mit Christina Winkler

16 Der Faschismus in den Köpfen
Dagmar Herzog

ANDACHT

21 Gott setzt Menschen ihre Krone auf
Ellen Ueberschär

THEMA

22 Mose stottert, Gott fährt Rollstuhl
Marie Hecke

FREIWILLIGE UND PARTNER*INNEN BERICHTEN

26 Inklusion: alltäglich und in alle Richtungen
Juliane Herfarth

28 Ein Raum für alle
Finia Dührkoop

30 Selbstbestimmung im Ausnahmezustand
Interview mit Rotem Ashad-Lavi

32 Mitentscheidend für den Wiederaufbau der ganzen Gesellschaft
Interview mit Anna Popovych

34 Hilfe für die vulnerabelsten Gruppen im Krieg
Matteo Schürenberg

36 Eigentlich eher eine Selbsthilfegruppe?
Lisa Hohmeier

GESCHICHTE

40 50 Jahre ASF in St. Jean le Blanc: Ein Dorf voller Freiwilliger
Lucie Wiersing und Maxim Janke

42 »Ein Haus zum Denken, ein Haus für das Herz.«
Judith Hoehne-Krawczyk

44 Freundeskreis: 25 Jahre aktiv für die Internationale Jugendbegegnungsstätte in Oświęcim
Rolf Krieg

45 ASF veröffentlicht Schutzkonzept zur Prävention sexualisierter Gewalt
Jutta Weduwen

GUTES TUN

46 Ein ASF-Freiwilligendienst hinterlässt Spuren. Was hinterlassen wir?

47 Termine

BILD- UND QUELLENHINWEISE

Titelbild: Eine ASF-Freiwillige und ein Bewohner der Caritas-Wohngemeinschaft in Brno, Tschechien, 2017. Bild: ASF/Helena Schätzle
S. 3: ASF/Nicole Kruger
S. 6/7, 20, 45: ASF/Ruthe Zuntz
S. 14/15: ASF/Bram Petraeus
S. 24/25: ASF/Hartmut Greyer
S. 27, 28, 29, 40, 43, 49: privat
S. 35: BerlinOdessaExpress
S. 38/39, 42: ASF/Andrzej Rudiak
S. 46 und Rückseite: ASF/Karel Cudlín

Kofinanziert von der Europäischen Union

Gefördert von der Europäischen Union. Die geäußerten Ansichten der Autor*innen spiegeln nicht notwendigerweise die der Europäischen Union oder der Bewilligungsbehörde (EACEA) wider. Weder die Europäische Union noch die Bewilligungsbehörde können dafür verantwortlich gemacht werden.

IMPRESSUM

Ausgabe: Nr. 2, Herbst 2026, 54. Jahrgang
Auflage: 7.000 Exemplare
ISSN: 2749-5639
Herausgeberin: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V., Auguststraße 80, 10117 Berlin
Redaktion: Jutta Weduwen (verantw.), Matteo Schürenberg
Lektorat: Marina Schröder-Heidtmann
Telefon: +49 30 28395-184 | Fax: +49 30 28395-135
E-Mail: presse@asf-ev.de | Internet: www.asf-ev.de
asf.de | asf_ev | asf-ev | AktionSuehnezeichen

Gestaltung: ultramarinrot, Berlin
Druck: Piereg Druckcenter, Berlin

Unterstützen Sie unser Engagement für Erinnerung und Frieden!

ASF-Spendenkonto
(bitte beachten: geänderte Kontoverbindung seit 2023)
SozialBank
DE72 3702 0500 0003 1137 00
BIC/SWIFT: BFSWDE33XXX
Kontoinhaber: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V.

www.asf-ev.de/spenden

Editorial

Liebe Leser*innen,



Der Rechtsruck, die Folgen der Kriege, ökonomische Krisen und Kürzungen treffen unsere gesamte Gesellschaft. Doch besonders hart trifft es Menschen, die ohnehin von Marginalisierungen betroffen sind, sie spüren die aktuellen Krisen in besonderem Maße politisch, ökonomisch und zwischenmenschlich.
In diesem *zeichen* richten wir unseren Blick auf Menschen mit Behinderungen und Erkrankungen, die im NS verfolgt, verfemt und ermordet wurden und die auch heute noch in vielen Gesellschaften besonders von Benachteiligungen, Ausgrenzungen und Gewalt betroffen sind. Überall dort, wo Rechtsextreme an Regierungen beteiligt werden, wird Inklusion immer weiter eingeschränkt.
Ob eine Gesellschaft zusammenhält, ob alle mitsprechen können und gehört werden, zeigt sich in Krisen besonders an der Situation verletzlicher Menschen. Unsere Gesellschaft wird diese Krisen nur dann demokratisch bewältigen, wenn Lösungen nicht gegen, sondern mit vulnerablen Gruppen gefunden werden, wie Verena Bentele im *zeichen*-Interview betont. Mit den Worten der Freiwilligen Finia Dührkoop fragen wir deshalb in diesem *zeichen*: »Ein Raum für alle?!!«
Wir richten unseren Blick auf zwei *ASF*-Partnerländer, deren Menschen die Folgen des Krieges direkt spüren: die Ukraine und Israel. Kinder, ältere Menschen und Menschen mit Behinderung sind besonders gefährdet und isoliert. Der Krieg macht Behinderungen und Traumatisierungen auch sichtbarer. Eine ukrainische Soziologin und unsere israelische Partnerorganisation Kivunim berichten von dieser ambivalenten Wechselwirkung. Ergänzend dazu berichten wir über eine weitere Hilfslieferung des BerlinOdessaExpress, der die schwächsten Gruppen im Krieg gezielt unterstützt.
Wo immer Menschen verdrängt und unsichtbar gemacht werden, regt sich auch Widerstand. Konrad Weiß legt dar, wie der *ASF*-Gründer Lothar Kreyssig sich den Krankenmorden widersetzte, in die er als Vormundschaftsrichter hineingezogen werden sollte. *ASF*-Vorstandsmitglied Marie Hecke stellt die Disability Studies in der Theologie vor, die aufzeigen, dass »Behinderung eine andere, eine bereichernde Perspektive auf die Welt und das Leben darstellt«. Widerstand kommt vor allem von den Betroffenen selbst. In den letzten Jahrzehnten entwickelten sich beachtliche Formen gleichberechtigten Zusammenlebens, Lernens und Arbeitens, wie Dagmar Herzog beschreibt. Die »eugenischen Kontinuitäten« des Abwertens und Ausgrenzens reichen zwar bis heute, doch die gelebte Inklusion in Pionierprojekten wirkte dagegen schon früh wie ein lebendiger Stachel.
Die *ASF*-Freiwillige Juliane Herfarth beschreibt, dass Inklusion in einer Lebensgemeinschaft in Brüssel erst im wechselseitigen Miteinander entsteht: Alle Freiwilligen beginnen neu und müssen die Sprache sowie den Alltag in einem fremden Land und in der Gemeinschaft erlernen. Und genau dort, wo Menschen ganz unterschiedlich kommunizieren, fällt dieser Prozess leichter. Umgekehrt bringen die Freiwilligen stets eine neue Persönlichkeit und Perspektive in die Gemeinschaft ein. Finia Dührkoop engagierte sich ihrerseits im norwegischen Andebu. Während sie mit ihrer Hörbehinderung ihr Leben lang Diskriminierung erfahren hat, erlebte sie in Norwegen, dass Inklusion gesamtgesellschaftlich weitaus selbstverständlicher ist.
Das Engagement junger Freiwilliger liegt uns am Herzen. Es geht nun wieder in die Bewerbungsphase für einen einjährigen Friedensdienst, der nächstes Jahr im September beginnt. Ich bitte Sie, interessierte Menschen auf unsere Freiwilligendienste aufmerksam zu machen.
In diesem Sinne danke ich allen *zeichen*-Autor*innen, unseren Freiwilligen und Partner*innen sowie allen, die unser freiwilliges Engagement unterstützen – sei es mit einer Spende, einer Patenschaft für Freiwillige oder einer Erbschaft. Dazu beraten wir gerne persönlich. Mehr Informationen auf Seite 46.

Jutta Weduwen, *Geschäftsführerin*

Wer gehört dazu?

Über Teilhabe, Ausgrenzung und die Lehren der Geschichte

Verena Bentele

Wer gehört zu unserer Gesellschaft? Seit Monaten wird diese Frage in Deutschland mit neuer Härte verhandelt. Der Bund hat zum 1. Juli 2026 das Bürgergeld in eine »Neue Grundsicherung« umgebaut, mit schärferen Sanktionen und weniger Schonvermögen. Parallel arbeiten Bund, Länder und Kommunen an Sparvorschlägen, die viele Menschen in ihrem Alltag spüren werden.

Das betrifft etwa die Schulbegleitung: Statt einer individuellen Begleitung könnte künftig eine Assistenzkraft mehrere Kinder mit Behinderungen gemeinsam betreuen. Für Kinder mit einem höheren Unterstützungsbedarf kann das bedeuten, dass die notwendige Hilfe im Unterricht nicht mehr in ausreichendem Maß zur Verfügung steht. Auch die Assistenz im Alltag wäre betroffen: Wer heute eine vertraute Assistenzkraft zum Einkaufen, zu Behörden oder bei Freizeitaktivitäten an seiner Seite hat, könnte diese künftig mit anderen teilen müssen. Eine Assistenzkraft würde dann beispielsweise mehrere Menschen aus demselben Wohnviertel gemeinsam oder nacheinander begleiten.

Dies sind nur zwei von vielen Beispielen dafür, wie tief die geplanten Einsparungen in den Alltag von Menschen mit Behinderungen eingreifen könnten. Und sie zeigen, wie schnell aus Haushaltsnot ein Angriff auf hart erkämpfte Rechte werden kann. Als Sozialverband sehen wir darin einen Widerspruch zu den menschenrechtlichen Verpflichtungen aus der UN-Behindertenrechtskonvention. Zugleich widerspricht ein solcher Ansatz unserem Grundgesetz. Es regelt unmissverständlich: Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Zwei Jahrzehnte zwischen Fortschritt und Rückschritt

Wer die vergangenen zwei, drei Jahrzehnte in Deutschland betrachtet, sieht kein einheitliches Bild. Es gab echte Fortschritte: die Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention 2009, das Bundesteilhabegesetz, das Menschen mit Behinderungen mehr Selbstbestimmung und Teilhabe ermöglichen soll, mehr Bewusstsein für Barrierefreiheit, mehr Sichtbarkeit behinderter Menschen in Medien und Politik. Zugleich verlief parallel eine zweite, leisere Entwicklung: die schrittweise Ökonomisierung des Sozialen. Leistungen für Menschen mit Behinderung, für chronisch Kranke, für Ältere, für Erwerbslose wurden zunehmend in der Sprache der Wirtschaftlichkeit verhandelt – als Kostenfaktor, als »Sparpotenzial«, als Posten, den Politiker*innen in Haushaltskrisen zuerst zur Disposition stellen. Die Eingliederungshilfe kostet die öffentliche Hand heute über 2,2 Milliarden Euro im Jahr, Tendenz steigend, auch weil mehr Menschen ihre Rechte kennen und einfordern. Dass genau dieser Anstieg nun als Problem gerahmt wird und nicht als Erfolg einer inklusiveren Gesellschaft, sagt viel darüber aus, wessen Bedürfnisse als legitim gelten und wessen nicht.

Wer gehört dazu, wird also nicht nur rechtlich entschieden, sondern sprachlich und ökonomisch. Menschen, die auf Assistenz, Pflege oder Grundsicherung angewiesen sind, geraten in eine Beweispflicht: Sie müssen ihre Bedürftigkeit, ihre Mitwirkung, ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ständig neu belegen. Das Prinzip der Bedarfsdeckung – im Sozialgesetzbuch klar verankert – gerät unter den Druck pauschaler Budgetlogiken.

Die Last der Geschichte

Diese Debatten finden in Deutschland nicht im luftleeren Raum statt. Sie stehen im Schatten einer Geschichte, die mit den Worten »unwertes Leben« begann und in der systematischen Ermordung von Menschen mit Behinderung, psychisch kranken und sozial als »unproduktiv« etikettierten Menschen endete. Die NS-»Euthanasie«-Morde, die Krankenmorde in den besetzten Gebieten der Sowjetunion, der mal stille, mal offene, aber meist übersehene Widerstand Einzelner wie etwa von Lothar Kreyssig, der 1940 gegen die Tötung von Patient*innen Strafanzeige erstattete – diese Geschichte ist kein abgeschlossenes Kapitel. Sie ist eine Mahnung, wachsam zu bleiben gegenüber jeder Sprache, die den Wert eines Menschen an Nützlichkeit, Kosten oder gesellschaftlichen Nutzen koppelt.

Das bedeutet nicht, die aktuelle Sparpolitik mit den Verbrechen des Nationalsozialismus gleichzusetzen – ein solcher Vergleich wäre unangemessen und würde das historisch Einmalige verharmlosen. Aber es bedeutet, die Muster zu erkennen, die sich wiederholen können: die schleichende Normalisierung von Sprache, in der Menschen zu Kostenfaktoren

werden; die Verschiebung der Beweislast auf die Schwächsten; die Bereitschaft, in Krisenzeiten zuerst bei denen zu sparen, die sich am schwersten wehren können. Genau deshalb ist das historische Verständnis kein Randthema, sondern ein Kompass für aktuelle politische Entscheidungen.

Wie dringend dieser Kompass gebraucht wird, zeigt sich nicht in abstrakten Debatten, sondern konkret im aktuellen politischen Diskurs – und zwar mit einer Deutlichkeit, die kaum noch Interpretationsspielraum lässt. Jene Partei, die in bundesweiten Umfragen seit Monaten stärkste Kraft ist, wird von den Verfassungsschutzbehörden von gleich fünf Bundesländern als gesichert rechtsextremistisch eingestuft. Ihr Programm stellt Inklusion nicht infrage, weil sie an der Umsetzung zweifelt, sondern weil sie sie ablehnt: Wer dort von »Leistung« und »Disziplin« spricht, meint eine Sortierung: in jene, die dazugehören sollen, und jene, die man am liebsten in Sondereinrichtungen fern vom gesellschaftlichen Alltag sähe. Das ist keine Randnotiz mehr, sondern eine reale politische Machtoption.

Zwischen Selbstbestimmung und Schutzpflicht

Wie wichtig es ist, diesen Kompass auch auf den demokratischen Mainstream anzuwenden, zeigt beispielsweise der Umgang mit dem Recht von Menschen mit Behinderung auf Selbstbestimmung und gleichberechtigte Teilhabe – ein Recht, das völkerrechtlich durch die UN-Behindertenrechtskonvention und national durch das Sozialgesetzbuch IX verankert ist. In der Praxis aber zeigt sich immer wieder: Strukturelle Barrieren, unzureichende Unterstützungsangebote und gesellschaftliche Vorbehalte führen weiterhin zu Ausgrenzung.

Genau darin liegt das eigentliche Spannungsfeld: zwischen individueller Autonomie und staatlicher Schutzpflicht. Unterstützungsleistungen müssen so gestaltet sein, dass sie Selbstbestimmung stärken, statt sie durch übermäßige Fürsorge oder bürokratische Hürden zu beschneiden. Zugleich bleibt der Staat in der Pflicht, wirksame Schutzmechanismen zu etablieren, damit Benachteiligung, Diskriminierung und soziale Isolation gar nicht erst entstehen. Wer über Teilhabe spricht, muss deshalb zuerst über die Bedingungen sprechen, unter denen sie stattfindet: über ausreichende Ressourcen und personenzentrierte Unterstützung statt paternalistischer Fürsorge, über echte Partizipation statt Verwaltung über die Köpfe hinweg. Alles andere wäre Selbstbestimmung nur auf dem Papier.

Wer wird gehört – und wer nicht

Die eigentliche Frage lautet nicht nur, wer formal dazugehört, sondern wer gehört wird. Menschen mit Behinderung, chronisch Kranke, Menschen in Armut sind in politischen Debatten oft Objekt, selten Subjekt. Über sie wird verhandelt, nicht mit ihnen. Das zeigt sich exemplarisch daran, dass zentrale Sparvorschläge zunächst hinter verschlossenen Türen entstanden, bevor Betroffenenverbände überhaupt Gelegenheit zur Stellungnahme hatten. Beteiligung ist kein Gnadenakt, sondern eine Bedingung demokratischer Legitimität – und ein Kernanliegen der UN-Behindertenrechtskonvention, die ausdrücklich fordert: »Nichts über uns ohne uns.«

Wenn wir aus der Geschichte etwas lernen wollen, dann dies: Eine Gesellschaft zeigt sich nicht in Sonntagsreden über Inklusion, sondern in der Frage, wen sie in Krisenzeiten zuerst opfert. Die kommunalen Haushalte sind angespannt, das ist real. Aber die Antwort auf leere Kassen kann nicht sein, ausgerechnet bei jenen zu kürzen, die die wenigsten Alternativen haben. Wer heute an der Eingliederungshilfe spart, an Schulbegleitung, an Assistenzleistungen, verschiebt die Kosten nur – auf Familien, auf Kommunen, auf die Zukunft, und vor allem auf die Betroffenen selbst, die ein Stück ihrer Selbstbestimmung verlieren.

Die Erinnerung an die NS-Verfolgung von Menschen mit Behinderung, Kranken und Armen ist deshalb kein historisches Ritual. Sie ist eine Verpflichtung, genau hinzuschauen, wenn heute wieder über den »Wert« von Unterstützung gesprochen wird. Die Zugehörigkeit zu dieser Gesellschaft darf nicht verhandelbar sein. Eine demokratische Gesellschaft lebt davon, dass alle Menschen selbstverständlich zu ihr gehören.

Verena Bentele ist Präsidentin des Sozialverbands VdK Deutschland und Mitglied im *ASF*-Kuratorium.

Zusammen arbeiten, lernen und leben

ASF-Freiwillige arbeiten, lernen und leben an zahlreichen Orten mit Menschen mit Behinderung zusammen: Lebensgemeinschaften und Wohngruppen, inklusive Schulen und Kindergärten sowie Seniorenheime, Begegnungscafés und Hausbesuche bei älteren Menschen, die mit zunehmendem Alter oft mit verschiedenen Beeinträchtigungen leben müssen. Zudem erinnern Freiwillige an Gedenkstätten an die NS-Krankenmorde oder helfen in Archiven die lange verdrängten Geschichten der Verfolgten sichtbar zu machen.

In diesem *zeichen* zeigen wir Eindrücke aus einigen dieser Freiwilligenstellen.









Johann bei Ilanot
Jerusalem

Ilanot ist eine Schule für Kinder und Jugendliche mit körperlichen und geistigen Beeinträchtigungen. Die Freiwilligen wie 2022 Johann begleiten die Kinder durch den Unterricht und unterstützen bei Freizeitaktivitäten. An dieser Schule und weiteren inklusiven Einrichtungen wie Kivunim kommen in Israel Kinder und Familien mit sehr unterschiedlichen Hintergründen zusammen: jüdisch, arabisch, religiös oder säkular.

Keine Einzelfälle – extrem rechte Gewalt gegenüber Menschen mit Behinderungen

Katja Sternberger und Johanna Schiffner

Es ist der 22. April 2025: Ein 20-jähriger Mann mit Trisomie 21 wird in Weida/Thüringen angegriffen und erleidet schwere Verletzungen, wie die Thüringer Beratungsstelle ezra für Betroffene rechter Gewalt berichtet. Trotzdem die TäterInnen[1] nachweislich der extrem rechten Szene zuzuordnen sind, arbeitet das Gericht im Strafverfahren kein politisches Tatmotiv heraus. Solche und andere Gewalttaten sind als behindertenfeindliche extrem rechte Gewalt einzuordnen. Im Folgenden zeigen wir die historische Kontinuität dieser Gewalt auf und stellen erste Erkenntnisse aus dem Forschungsprojekt MAVIOPA vor.

»Euthanasie« und »Baseballschlägerjahre« – die Gewalt hat Geschichte

Blickt man zurück auf die Geschichte des Umgangs mit Menschen mit Behinderungen, so blickt man auch auf eine Geschichte der Gewalt. Vorstellungen von Ungleichwertigkeit, Ausgrenzung und verwehrter Teilhabe von Menschen mit Behinderungen sind gesellschaftlich lange und tief verankert. Und sie wirken bis heute fort.

Die Kasernierung und Segregation von Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen in Einrichtungen im 19. Jahrhundert wie auch eugenische/»rassenhygienische« Vorstellungen von »wertvollem« und »unwertem« Leben gingen dem Nazismus und dessen Idee eines »gesunden Volkskörpers« voraus. Dies waren Voraussetzungen, durch welche die Verbrechen im Rahmen der »Euthanasie« ermöglicht und legitimiert wurden. Mindestens 300.000 Menschen wurden ermordet und ca. 400.000 Menschen zwangssterilisiert.

Lange mangelte es an einer Aufarbeitung und wissenschaftlichen Analyse dieser Verbrechen, und zwar gesamtgesellschaftlich. Dieses Be- und Verschweigen kann mit Dagmar Herzog auch als »aggressives Verleugnen« beschrieben werden (s. *zeichen*-Beitrag S. 16).

Als zu Beginn der 1990er-Jahre im vereinigten Deutschland dann extrem rechte Mobilisierung zu alltäglichen Übergriffen bis hin zu pogromartigen Ausschreitungen und Tötungsdelikten führte, wurde in Politik und Medien vielfach über rechte Gewalt und die ideologische Verbindung der TäterInnen zum Nationalsozialismus gesprochen. Die Gewalt der Neonazis richtete sich schließlich gegen (Black) People of Colour, Jüdinnen_Juden, Menschen mit Migrationserfahrung, Punks und linke Jugendliche, queere Personen, wohnungslose und erwerbslose Personen – und auch Menschen mit Behinderungen.

Insbesondere waren es behindertenpolitische Akteur*innen und zivilgesellschaftliche wie antifaschistische Aktive, die behindertenfeindliche extrem rechte Gewalt zu diesem Zeitpunkt auf die Agenda setzten. Jedoch wurde rechte Gewalt sowohl in der medialen Berichterstattung als auch von staatlicher Seite vielfach entpolitisiert. So wurde gefragt, ob es tatsächlich »Neonazis« oder »nur« »normale«, delinquente Jugendliche gewesen seien, die Menschen mit Behinderungen verbal und körperlich angriffen wie auch töteten. Ein extrem rechtes Motiv wurde gerade bei Tötungsdelikten häufig nicht staatlich anerkannt. Diese verharmlosende und entpolitisierende Deutung von rechter Gewalt der 1990er- und folgenden Jahre als »Jugendgewalt« wurde insbesondere im letzten Jahrzehnt durch die Auseinandersetzung mit der Geschichte und Ermöglichung des neonazistischen Terrornetzwerks NSU – kritisch hinterfragt und disqualifiziert. Gleichzeitig findet sich Ableismus und Behindertenfeindlichkeit nicht nur am so genannten »rechten Rand«.

Wir erinnern

Seit 1990 gab es mindestens elf Todesopfer rechter Gewalt mit einer (zugeschriebenen) Behinderung, darunter auch Verdachtsfälle (vgl. Leidinger/Radvan 2024):

> *Wolfgang Auch* (1991), Günter Schirmer (1992), Bruno Kappi (1992), Hans-Joachim Heidelberg (1993), *Hans-Werner Gärtner* (1999), *Jörg Danek* (1999), Klaus-Dieter Harms (2001), Klaus Dieter Lehmann (2002), *Marinus Schöberl* (2002), Andreas Oertel (2003), Hans-Joachim Sbrzesny (2008) und Ibrahim D. (2020)
> *Kursiv gesetzt sind die staatlich anerkannten Fälle.*

Muster der Gewalt

Ableismus und Behindertenfeindlichkeit sind historisch wie aktuell gesamtgesellschaftlich weit verbreitet und es bestehen Anschlüsse an extrem rechte Ideologie. Die Ungleichheit und -wertigkeit von Menschen wird im Rechtsextremismus postuliert und als »naturgegeben« betrachtet. Menschen mit Behinderungen wird Lebenswert und -recht abgesprochen. Das zeigt sich ganz konkret: Denn damit werden sie zu (potentiellen) Betroffenen von rechter Gewalt.

Im Forschungsprojekt MAVIOPA am Institut für Rechtsextremismusforschung an der Universität Tübingen und der Hochschule Düsseldorf untersuchen wir behindertenfeindliche extrem rechte Gewalt seit 1990 grundlegend. Deutlich wird: Rechte Gewalttaten gegenüber Menschen mit Behinderungen oder auf Einrichtungen der sogenannten Behindertenhilfe sind (entgegen häufigen Mediendarstellungen) keine Einzelfälle, auch nicht in der Gegenwart. So wurde 2024 die Lebenshilfe in Mönchengladbach mit einem Stein mit der Aufschrift »Euthanasie ist die Lösung« angegriffen (vgl. Kalkan 2024). Bei einer Demonstration in Halle/Saale zum Bundesteilhabegesetz zu Beginn des Jahres 2026 wurden Teilnehmende verbal mit Worten wie »Geht zurück in eure Anstalt!« und »Bei Adolf hätte man sowas verg…« attackiert (vgl. Sonntag 2026). Solche und weitere Fälle, bei denen implizit oder explizit Bezug auf die nazistischen Verbrechen genommen wird, können als »postnazistische Massenvernichtungsandrohungsgewalt« (vgl. Leidinger 2027) bezeichnet werden. Über historische Referenzen auf den deutschen Faschismus werden die Betroffenen nicht nur individuell ausgegrenzt und bedroht, sondern es wird auch eine Vernichtungsorientierung kommuniziert, die sich an Menschen mit Behinderungen als konstruierte Gruppe richtet.

Es zeigt sich: Gewalt ist mehr als direkte körperliche Gewalt. Auch psychische Gewalt zählt nach Johan Galtung unter einen (weiten) Gewaltbegriff. Behindertenfeindliche Gewalt kann Einzelpersonen und Gruppen von Menschen mit Behinderungen und ihre An- und Zugehörigen adressieren. Sie kann sich räumlich gegen bestimmte Orte und Einrichtungen, in denen Menschen mit Behinderungen wohnen, arbeiten oder ihre Freizeit verbringen, richten. Neben Fällen der Androhung körperlicher Gewalt (häufig in Form der erwähnten »Massenvernichtungsandrohungsgewalt«) gibt es weitere Gewaltpraktiken, die häufiger in den dokumentierten Fällen sichtbar werden, wie: die Beschmutzung oder Markierung von Personen oder Objekten. Beispiele sind Eierwürfe auf Einrichtungen in Silschede in Nordrhein-Westfalen 2024 oder extrem rechte Markierungen (Parolen und Symbole) an Gebäuden der Lebenshilfe in Kusel in Rheinland-Pfalz 2025. Weitere Gewaltpraktiken umfassen beispielsweise Nötigungen, Gewalt mit oder gegen Hilfsmittel (z. B. Rollstuhl), körperliche Gewalt mit oder ohne Waffen und das Quälen von Betroffenen bis hin zu Körperverletzung mit (teils intendierter) Todesfolge (vgl. Schiffner et al. 2026).

Die psychischen und körperlichen Folgen von Gewalterfahrungen können für direkt und potenziell Betroffene und ihre An- und Zugehörigen sehr unterschiedlich sein. Das hängt davon ab, wie das soziale Umfeld, aber auch Leitungen und Fachkräfte der Einrichtungen sowie die Sicherheitsbehörden diese Gewalt wahrnehmen und darauf reagieren. Solidarische Reaktionen wie politische Aktionen und öffentlicher Protest von pädagogischen Fachkräften und Betroffenen, sowie aus der Zivilgesellschaft und von Bürger*innen wirken stärkend und unterstützend.

Katja Sternberger und **Johanna Schiffner** sind wissenschaftliche Mitarbeiterinnen am Institut für Rechtsextremismusforschung an der Universität Tübingen und Teil des Projekts MAVIOPA.

1 Da Heteronormativität, Heterosexismus und Trans*feindlichkeit wesentliche Bestandteile extrem rechter Ideologie sind, wird hier das Binnen-I bei Bezeichnungen für extrem rechte Personen verwendet.

Literatur

Brink, Lina/Leidinger, Christiane (2025): MAVIOPA. Interdisziplinäres Forschungs- und Transferprojekt zu extrem rechter Gewalt gegen Menschen mit kognitiver Behinderung, in: Teilhabe, H. 4 , Jg. 64, S. 175f.

Ezra Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen (o. D.): Chronik rechter Vorfälle: ezra.de/chronik/ [Abruf 28.08.2026].

Kalkan, Özgür (2024): Wie findet Herr Scholz das? Interview von Manuela Heim: taz.de/Rechter-Angriff-in-Moenchengladbach/!6013997 [Abruf 28.08.2026].

Leidinger, Christiane/Radvan, Heike (2024): Extrem rechte Gewalt gegen Menschen mit (kognitiven) Beeinträchtigungen, Gastbeitrag auf der Website Doing Memory, Tanja Thomas/Eberhard-Karls-Universität-Tübingen: doing-memory.de/behindertenfeindliche-gewalt/. [Abruf 28.08.2026].

Leidinger, Christiane (2027, i. E.): Extrem rechte Massenvernichtungsandrohungsgewalt gegen Menschen mit kognitiven Behinderungen aus historisch-materialistischer Perspektive, in: Beier, Friederike/Ludwig, Gundula/Volgger, Laura (Hrsg.): Materialistisch-(queer)feministische Perspektiven auf Gewalt (Arbeitstitel). Weinheim: Beltz.

Schiffner, Johanna u. a. (2026): Extrem rechte Gewalt gegen Menschen mit (insbesondere kognitiven) Behinderungen – erste Analysen, in: Teilhabe, H. 3, Jg. 65, S. 104–110.

Sonntag, Jennifer (2026): Sie wünschen uns wieder »den guten Tod«, in: kobinet-Nachrichten, 12.08.2026: kobinet-nachrichten.org/2026/08/12/sie-wuenschen-uns-wieder-den-guten-tod/ [Abruf 28.08.2026].

Freiheit kann man nicht simulieren

Über Lothar Kreyssigs Widerstand gegen die Krankenmorde im Nationalsozialismus

Konrad Weiß

2010 wurde im Foyer des Amtsgerichts in Brandenburg an der Havel eine temporäre Installation zu Ehren von Lothar Kreyssig, dem Gründer von *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste* enthüllt. Schülerinnen und Schüler hatten sich für dieses Projekt intensiv mit Widerspruch und Widerstand, mit Mut und Zivilcourage auseinandergesetzt. Die Gerichtsdirektorin Adelheid van Lessen hatte sie angeregt, Sinnsprüche des polnisch-jüdischen Lyrikers Stanisław Jerzy Lec zu interpretieren. Deutlich erinnere ich mich an den Aphorismus »Freiheit kann man nicht simulieren«, den die jungen Leute mit Figuren in Richterroben illustriert hatten, die als willfährige Marionetten geführt werden.

Ein solcher Richter war Lothar Kreyssig nicht

Das war keineswegs so vorgezeichnet. 1898 geboren, nennt Kreyssig die ersten dreißig Jahre seines Lebens – die Kindheit in Flöha, den Militärdienst im Ersten Weltkrieg, das Jurastudium und die ersten Schritte im Beruf – in seiner bildhaften Sprache eine »vorgeburtliche Existenz«. 1918 geht er in eine Schlagende Verbindung. Die junge Weimarer Demokratie verachtet er. 1928 wird er in Chemnitz zum Landgerichtsrat ernannt.

Mit dem Präsidenten der Strafkammer, Rudolf Ziel, einem überzeugten Demokraten, verbindet ihn bald eine streitbare Freundschaft. Ziel selbst hatte 1918 die Demokratische Partei mitbegründet. Er vertrat eine liberale und sozial orientierte Rechtsauffassung.

Der Gerichtspräsident fand Gefallen an dem jungen Richter, obwohl oder vielleicht gerade weil der ihm aus seinem konservativen Rechtsverständnis oft und leidenschaftlich widersprach. Ein anderer Kollege gab im gleichen Jahr den entscheidenden Anstoß zur religiösen Wandlung: Kreyssig entdeckte die Bibel für sich. Die nun folgenden Jahre beschreibt er als einen Geburtsvorgang, in dem alles bisherige Denken und Sein versunken sei. Die Frage nach Recht und Gerechtigkeit beschäftigte ihn nun fortan.

Zweifellos hat dem Juristen Kreyssig sein »intaktes Rechtsbewusstsein als Voraussetzung und Umwelt richterlicher Gewissenhaftigkeit« geholfen, frühzeitig den Nationalsozialismus zu durchschauen. Rückblickend sagt er 1952, die Deutschen hätten sich damals selbstherrlich die Freiheit genommen: Recht sei, was dem Volke nützt. Solches Denken sei ein Zeichen des Abfalls von Gott. Das Recht des Menschen und die Gerechtigkeit Gottes seien wurzelhaft verbunden. Das meine die Bibel, wenn sie vom Menschen sagt, er sei nach dem Bilde Gottes geschaffen.

Sein Menschenbild: Die Würde eines Jeden ist unantastbar

Dieses Menschenbild, das von der unantastbaren Würde eines jeden Menschen weiß, ist nationalistischen Ideologen fremd. Alles Menschliche soll dem Wahn geopfert werden, auch der Mensch. Angesichts der elementaren Rechtsbrüche, die nach Hitlers Machtergreifung geduldet und begangen wurden, erwägt Kreyssig im Frühjahr 1933, aus dem Richteramt auszuscheiden. Doch dann erscheint es ihm zu billig, den Willfährigen das Feld kampflos zu überlassen. »Auch zum Zögern muß man sich entschließen«, lautete ein Satz von Lec auf dem Wandbild in Brandenburg.

Als Richter wird Kreyssig mehr und mehr kaltgestellt. Wissend, dass der Konflikt mit dem NS-Unrechtsstaat unausbleiblich sein würde, hatte er zu Beginn der dreißiger Jahre nach einer Alternative gesucht und einen Bauernhof erworben. Zunächst aber bleibt er noch im Justizdienst und ist in Brandenburg Vormundschaftsrichter.

Die Vernichtung des »lebensunwerten Lebens« gehörte von Anfang an zu den erklärten Zielen Hitlers. Die Erhaltung der »Minderwertigen«, so hatte er in »Mein Kampf« postuliert, sei eine Verhöhnung der Natur. Das waren so ungeheuerliche Thesen, dass kaum jemand es glauben mochte und ernst nahm. Doch unmittelbar nach der Machtübernahme setzten die Nationalsozialisten das in die Tat um.

Ähnlich wie später bei der Vernichtung der Juden gingen sie dabei Schritt um Schritt vor, um die Menschen abzustumpfen und auf das Morden vorzube-

reiten. Im Juli 1933 wurde das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses – das Sterilisierungsgesetz – erlassen, mittels dessen der »Volkskörper gereinigt« werden sollte – gereinigt von »Erbkranken, Schwachsinnigen, Hilfsschülern, Schizophrenen, Epileptikern, erblich Blinden und Tauben, körperlich Missgebildeten, Suchtkranken, Prostituierten, Sexualstraftätern, sogenannten Arbeitsscheuen und Gewohnheitsverbrechern.« Die Mehrheit hat die Zwangssterilisierungen begrüßt oder schweigend hingenommen.

Nach Kriegsbeginn, im Oktober 1939, gingen erste Transporte mit geistig Behinderten nach Westpreußen, wo sie in einem Wald in der Nähe von Neustadt von SS-Männern durch Genickschuss getötet und dann verscharrt wurden. Später wurden sie in Vergasungsräumen ermordet, die als Duschräume getarnt waren, ihre Leichen in Krematorien verbrannt. An den Behinderten erprobte die SS, was dann in der Shoah, bei der massenhaften Ermordung von jüdischen Menschen zu furchtbarer Perfektion gelangen sollte.

Als Vormundschaftsrichter bekam Kreyssig im Frühsommer 1940 mehrfach Briefe, in denen Vormünder und Pfleger berichteten, dass sie überraschend die Nachricht vom Tod ihrer Schutzbefohlenen erhalten hätten. Die Schreiben kamen alle aus einer Anstalt, aus Hartheim. Diese Häufung Todesfälle weckte den Verdacht, dass eine umfassende Vernichtungsaktion im Gange war.

Im Juli 1940 meldete Kreyssig seinen Verdacht dem Reichsjustizminister Franz Gürtner. Kreyssig wurde ins Ministerium einbestellt. Er erfuhr, dass der Verantwortliche für die »Euthanasie-Aktion« Reichsleiter und SS-Standartenführer Philipp Bouhler sei, den Hitler persönlich beauftragt habe. Am selben Tag noch erstattete er beim Generalstaatsanwalt Anzeige wegen Mordes gegen Bouhler, einen der ranghöchsten Nationalsozialisten. Zugleich untersagte er den Einrichtungen, in denen sich Mündel von ihm befanden, diese ohne seine Zustimmung zu verlegen oder zu entlassen. Darüber zu wachen sei seine richterliche Aufgabe.

Er wurde erneut ins Ministerium beordert und diesmal vom Minister selbst befragt. Gürtner legte Kreyssig das Ermächtigungsschreiben Hitlers vor, mit dem dieser, in einem einzigen Satz, das Todesurteil für zehntausende Menschen gesprochen hatte. Er fragte den Amtsrichter, ob er anerkenne, dass die Tötungsmaßnahmen damit rechtens seien. Nein, antwortete Kreyssig, ein Führerwort schafft kein Recht.

Die Justiz ignorierte die Anstaltsmorde völlig. Doch im August 1941 stoppte Hitler, wohl wegen erheblicher Unruhen in der Bevölkerung, die Mordaktion. Bis dahin waren mehr als 70.000 geistig Behinderte und Kranke vergast worden. Im Frühjahr 1942 wurde der Amtsrichter Kreyssig zwangsweise in den Ruhestand versetzt.

Welche inneren Kämpfe und Gewissensnöte dem vorausgegangen sind, lässt sich nur ahnen. Natürlich war er sich darüber im Klaren, dass sein Protest auch die schlimmste Konsequenz haben könnte. Der Kreis, mit dem er sich hätte beraten können, war klein. An einen Vertrauten schrieb er: »Das jetzige Verhängnis ist ja ein furchtbares Gericht in erster Linie über die Gewissensuntreue des Richterstandes und dort wieder über die Glaubensschwäche aller Christen in diesem Stand.« Er empfinde diese Schuld schwerer, als die der Menschen, die diesen furchtbaren Schritt zu verantworten haben.

Ein gerechter Richter, der sich schuldig fühlt – und handelt

Hier klang bereits ein Gedanke an, den er viele Jahre später, im Februar 1968 als Zeuge der Anklage beim Frankfurter Euthanasie-Prozess wiederholen sollte. Robert M. W. Kempner, US-Hauptankläger beim Nürnberger Prozess und Beobachter in Frankfurt, berichtete darüber: »Und dann kam der Höhepunkt der Aussage, wie wir sie noch nie von einem Richter vor Gericht gehört haben. Nach langsamer Überlegung erklärte der tapfere und weise Amtsrichter: Die Richter von damals sind schuldiger als andere, weil sie in ihrer Gesamtheit das Recht hätten besser vertreten müssen. […] Der brandenburgische Amtsrichter Doktor Kreyssig ist einer der unbesungenen gerechten Richter.«

Nach dem Krieg ist Kreyssig nicht in den Justizdienst zurückgekehrt. Er ahnte, dass Stalin in der sowjetischen Besatzungszone einen demokratischen Rechtsstaat nicht zulassen würde. 1946 wird er Konsistorialpräsident in Magdeburg. In diesem Amt, geprägt von den Erfahrungen der Bekennenden Kirche, beeinflusst er entscheidend die Neugestaltung kirchlicher Verfassung und Strukturen. Am wichtigsten aber war ihm die Gründung der *Aktion Sühnezeichen*, die er maßgeblich inspiriert und geprägt hat. Sie lag ihm bis zu seinem Tod 1968 am Herzen.

Zum 50. Jahrestag der Sühnezeichen-Gründung wurde 2008 vor dem Dienstsitz des Generalstaatsanwalts des Landes Brandenburg eine Stele mit dem Porträt Kreyssigs enthüllt. In diesem Gebäude in Brandenburg an der Havel hatte er von 1937 bis zu seiner Zwangsversetzung in den Ruhestand gearbeitet. Damit würdigte die Landesjustiz nicht nur den tapferen antifaschistischen Amtsrichter, sondern stellte sich bewusst in die von ihm vertretene Rechtstradition.

Konrad Weiß ist Regisseur, Publizist und Bundestagsabgeordneter a. D. Er ist Mitglied des *ASF*-Kuratoriums und hat die Biographie »Lothar Kreyssig, Prophet der Versöhnung« herausgegeben (1998: Bleicher Verlag).

»Holocaust und Krankenmorde waren eng verwoben«

Die Slawistin und Holocausthistorikerin **Christina Winkler** über Krankenmorde in der Sowjetunion während der deutschen Besatzung und die Lücken in der Erinnerungskultur bis heute

ASF-zeichen: **Die nationalsozialistischen Besatzungstruppen haben im Zuge des deutschen Vernichtungskriegs gegen die Sowjetunion Millionen Zivilist*innen getötet. Darunter waren auch die sogenannten Krankenmorde. Was ist unter diesem Begriff zu verstehen?**

Christina Winkler: Die 1939 in Deutschland begonnenen Morde an Psychiatriepatient*innen stellten die Testphase für den später systematisierten Mord an den europäischen Jüdinnen*Juden dar. Dabei wurden Tötungsmethoden mit Gift und Gas erprobt. Nach dem Überfall auf Polen wurden die Krankenmorde dort fortgesetzt, ab dem Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion 1941 auch dort. Unter den NS-Krankenmorden in den besetzten Gebieten der Sowjetunion wird daher die im Rahmen der Nazi-Rassenideologie durchgeführte, systematische Vernichtung von Patient*innen aus psychiatrischen Kliniken und Kolonien, Kurkliniken, Kinderheimen, sowie Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen in der Zeit des deutschen Russlandfeldzuges verstanden. Auf dem gesamten besetzten Gebiet der UdSSR geht es um mindestens 19.500 Opfer, die Dunkelziffer liegt jedoch höher.

Auf welche Umstände trafen die deutschen Einsatzgruppen, die diese Morde verübten?

Die Behandlung psychisch Kranker mit schwerem oder chronischem Verlauf fand unter stationären Bedingungen in Heilanstalten statt, denen von der Sowjetregierung Nahrungsmittelvorräte zugeteilt wurden. Menschen mit leichteren psychischen Erkrankungen lebten oft in so genannten psychiatrischen Kolonien im ländlichen Raum, die ihren Eigenbedarf an Nahrungsmitteln durch landwirtschaftliche Arbeit abdeckten. Auf diese Erzeugnisse und Vorräte, aber auch auf die Klinikgebäude hatte es die Wehrmacht abgesehen, da man aus Berlin die Anweisung hatte, den Nahrungsmittelbedarf der Truppe aus dem besetzten Land zu decken. Die isolierte und kompakte Unterbringung der Psychiatriepatient*innen begünstigte den Vernichtungsprozess – unabhängig vom individuellen Verhalten des medizinischen Personals.

In der Ortschaft Mikulino, die die Wehrmacht bei ihrem Vormarsch auf Moskau im Oktober 1941 besetzt hatte, befindet sich noch heute eine psychiatrische Einrichtung, in der an die Ermordung von rund 700 Patient*innen gedacht wird. Die Besatzer haben die Menschen dort zunächst mit Kohlenmonoxyd vergast, dann, weil ihnen das zu langsam ging, Gift verabreicht. Die letzten 264 Insass*innen wurden erschossen, teils lebendig begraben. Auch ein Teil des Personals war laut einer sowjetischen Untersuchung involviert. Wie gingen die sowjetischen Behörden mit diesem Wissen um?

Die Sowjetunion führte mehrere Prozesse durch, in denen neben anderen Verbrechenskomplexen auch die Krankenmorde zur Sprache kamen. Genannt seien die Prozesse von Krasnodar 1943 und 1963, bei denen die Morde an 300 psychisch Kranken in der südrussischen Großstadt verhandelt wurden. Weitere Tatorte waren Ust Labinskaja, wo 42 Kinder mit geistigen Behinderungen getötet wurden, und Jeisk. Dort wurden 214 Kinder mit körperlichen und geistigen Behinderungen ermordet. Prozesse fanden 1945 auch in Leningrad statt, wo die Ermordung von 1.300 beziehungsweise 500 Psychiatriepatient*innen in Gatschina und Tschernjakowitschi verhandelt wurden, sowie 1947 in Nowgorod, wo 200 Krankenmorde in Kolmowo Gegenstand von Gerichtsverhandlungen waren.

Wieso hat es bis zur historischen Aufarbeitung dieser Morde so lange gedauert?

Auch die Aufarbeitung der Patientenmorde auf dem Gebiet des Deutschen Reichs hat lange auf sich warten lassen. Erst mit der Öffnung der russischen Archive in den frühen 1990er-Jahren wurden wichtige sowjetische Quellen zugänglich. Allein anhand der Täterdokumente und Unterlagen, die von der Zentralstelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen in Ludwigsburg in deren Vorermittlungsverfahren entstanden, hätten wir heute sicher ein sehr viel begrenzteres Bild von den Geschehnissen. In der Sowjetunion wurde 1942 die Außerordentliche Staatliche Kommission (ChGK) gegründet, deren Aufgabe es war, nach der Befreiung eines Ortes Augenzeug*innen zu befragen. Dank dieser und deutscher Quellen ist es heute möglich, zu rekonstruieren, an welchen Orten in den besetzten Gebieten der Sowjetunion Krankenmorde stattfanden.

Wie gut ist das Thema inzwischen erforscht?

Ulrike Winkler und Gerrit Hohendorf stellten in ihrer 2010 erschienenen Arbeit zur Ermordung der Psychiatriepatient*innen in Mogilew fest, dass die Geschichtsforschung sich des Themas bislang zu halbherzig angenommen hatte. In den letzten zehn Jahren sind einige wichtige Arbeiten zu NS-Krankenmorden in der Sowjetunion erschienen. Genannt seien hier etwa die Studie von Alexander Friedman und Rainer Hudemann zu Belarus (2016) oder die Arbeiten von Alex Kay (»Empire of Destruction«, 2021) und Dimitro Titarenko zur Ukraine.

Wo gibt es Lücken?

Die Ukraine, Belarus und auch das Baltikum sind bereits gut erforscht, für Russland trifft das weniger zu. Hier sei eine Aufsatzsammlung von 2022 auf Russisch genannt. Meine eigene Arbeit an dem Thema wurde leider durch äußere Faktoren – zuerst durch die Pandemie, später durch den Ukrainekrieg gestoppt. Geplante Recherchen in russischen Archiven konnte ich noch nicht umsetzen. Bislang sind mir durch die Auswertung deutscher und sowjetischer Dokumente 33 Tatorte auf russischem Territorium bekannt.

Sie haben sich eingehend mit der deutschen Besatzungsgewalt in Rostow befasst. Welche Erkenntnisse haben Sie aus Ihren Forschungen gezogen?

Holocaust und Krankenmorde waren in Rostow, wie auch an anderen Orten in den besetzten Gebieten, eng verwoben: Durch dieselben Täter, die zuerst Psychiatriepatient*innen, eine Woche später dann Jüdinnen*Juden ermordeten. Auch die Art der Tötung ähnelt sich: Gaswagen wurden auch bei der Vernichtung der jüdischen Bevölkerung Rostows eingesetzt; oder weil sich in der städtischen Psychiatrie auch jüdische Patient*innen befanden, die als solche in den Patientenlisten vermerkt waren. Der die Mordaktion leitende Arzt und SS-Obersturmbannführer Heinrich Görz befahl bei einer ersten Besichtigung der Klinik, eine solche Liste zu erhalten. Dieses Vorgehen fand sich auch an anderen Tatorten, wo gezielt nach jüdischen Patienten gesucht wurde.

Was wissen Sie über das Schicksal von Psychiatriepatient*innen in Rostow?

Bereits während der ersten nur achttägigen Besatzung Rostows im November 1941 sollten die Patient*innen der städtischen Psychiatrie vernichtet werden, was sich aufgrund des vorübergehenden deutschen Rückzugs um acht Monate verschob und schließlich unmittelbar nach der erneuten Einnahme Rostows im Sommer 1942 umgesetzt wurde. Die Oberärztin der psychiatrischen Klinik von Rostow, Anna Ewstafjewa und die Sanitäterin Praskowja Woloschenko beschrieben in ihren Aussagen gegenüber der Außerordentlichen Staatlichen Kommission 1943 die Ermordung der 72 Patient*innen am 4. August 1942 mithilfe von Gaswagen. Das Klinikpersonal hatte vor dem Eintreffen der Deutschen noch versucht, einzelne Patient*innen zu entlassen und auf diese Weise zu schützen. Der Abtransport der psychisch Kranken wurde damit begründet, dass das Gebäude von der deutschen Besatzungsmacht benötigt werde.

1975 wurde in Rostow ein Denkmal an die in der Stadt ermordeten Menschen errichtet, der überwiegende Teil von ihnen waren Jüdinnen*Juden. Welchen Platz nehmen die Patientenmorde heute im Gedenken in Rostow ein?

Vor Beginn des Ukrainekrieges fanden in Rostow jedes Jahr im August Gedenkveranstaltungen anlässlich des Jahrestages der Massenerschießung der jüdischen Bevölkerung und deren teilweise nichtjüdischen Familienangehörigen in der Schlangenschlucht statt. Dort gibt es ein Museum mit einer Dauerausstellung. Die Ermordung der Psychiatriepatient*innen ist allerdings in ganz Russland nicht Bestandteil des Kriegsgedenkens und droht in Vergessenheit zu geraten.

Dr. Christina Winkler promovierte an der University of Leicester mit einer Arbeit zur russischen Holocausterinnerung. Sie arbeitet am Selma-Stern-Zentrum für jüdische Studien der Freien Universität Berlin. Ihre Forschung zu Krankenmorden in der RSFSR wurde zwischen 2019 und 2022 vom Fritz Bauer Institut und der Deutsch-Russischen Historikerkommission gefördert.

Ute Weinmann hat bis 2022 *ASF*-Freiwillige in Russland begleitet und führte das Interview.

Zusammen arbeiten, lernen und leben







Frederike in der Ark Haarlem

Blomendaal aan Zee/Haarlem

In den Arche-Lebensgemeinschaften wohnen, lernen und arbeiten Menschen mit und ohne Behinderung gemeinsam. Weltweit gibt es rund 100 Zentren, in mehreren arbeiten *ASF*-Freiwillige mit, wie im Küstenort Blomendaal westlich von Amsterdam. Auf dem grünen Gelände gibt es Wohngemeinschaften, Werkstätten und eine Gärtnerei. Frederike lebte als Freiwillige in einer Wohngemeinschaft:

»Die Natur, Tiere und vor allem die Menschen hier sind es, die mein Jahr zu etwas ganz Besonderem gemacht haben. Es hat lange Zeit gedauert, bis mich alle mit meinem Niederländisch und ich alle mit ihrer ganz eigenen Art zu sprechen, verstanden habe(n). Doch mit der Zeit bin ich ein Teil dieser zweiten Familie mit ihren täglichen Ritualen und vielen schönen Erlebnissen geworden.«

Der Faschismus in den Köpfen

Menschen mit Behinderung waren keineswegs »vergessene«, sondern vielmehr aggressiv verleugnete Opfer. Es bedurfte eines umwälzenden Perspektivwechsels, um sowohl Gedenkpolitik als auch ein neues Menschenbild in die Fürsorge- und Bildungspraxis umzusetzen.

Dagmar Herzog

»Das Jahr 1945 brachte zumindest äußerlich einen Einschnitt. In den meisten Köpfen hatte sich hingegen wenig bewegt.« Dies konstatierte 2001 die Leiterin der Bernburger T4-Gedenkstätte Ute Hoffmann, die bereits zu DDR-Zeiten als junge Freiwillige aktiv daran mitgearbeitet hatte, dass gerade an diesem Ort des Schreckens ein würdevoller Umgang mit der Vergangenheit etabliert werden konnte. Ähnliche Worte hatte der Behindertenpädagoge Wolfgang Jantzen gewählt, als er die emotional-politische Befindlichkeitslage im Westen Deutschlands am Anfang der 1980er-Jahre beschrieb: »So bleibt nach Zerschlagung des faschistischen Staatsapparates der Faschismus in den Köpfen übrig. (…) Ein Faschismus in den Köpfen, der (…) sich in der öffentlichen Meinung so niederschlägt, daß eine Mehrheit es für besser findet, wenn geistig behinderte Kinder früh sterben und 80 % diese Kinder an abgelegene Orte abschieben möchte.«

Jantzens Verweis zur öffentlichen Meinung basierte auf Befunden des Marburger Psychologen Helmut von Bracken, der konstatierte, wie außerordentlich hartnäckig sich empirisch eigentlich unhaltbare »eugenische« Erklärungen zur Entstehung von geistiger Beeinträchtigung hielten. Noch Anfang der 1970er-Jahre gaben 75 Prozent in einer Umfrage an, dass Eltern an der geistigen Behinderung oder Lernschwäche ihrer Kinder schuld seien. Als mutmaßliche Ursachen wurden am häufigsten »Vererbung« (88 Prozent), »Trunksucht« (83 Prozent) oder »Inzest« (75 Prozent) genannt. Zwischen 15 und 20 Prozent der Befragten gaben an, die Ursachen könnten »falsche Erziehung« oder »fehlende Liebe in der Kleinkindzeit« sein. Ein weiteres Drittel äußerte, es würde sie persönlich »stören«, wenn sie im Alltag einem geistig behinderten Kind begegnen müssten, und zwei Drittel waren der Meinung, solche Kinder sollten nicht in ihrer Familie aufwachsen, sondern lieber in Einrichtungen, idealerweise an »entlegenen, abgeschiedenen Orten«.

Es bedurfte jahrzehntelanger Anstrengungen von Aktivist*innen und Wissenschaftler*innen, bis die hunderttausendfachen NS-Zwangssterilisationen und »Euthanasie«-Morde an Menschen, denen eine geistige Behinderung oder eine psychische Krankheit diagnostiziert worden war, in der breiteren Öffentlichkeit wie auch von offizieller Seite als abscheuliche Verbrechen anerkannt wurden, begangen aufgrund einer Mischung von zynischem Opportunismus und phantasmatischem Wahn. Aber einen Praxiswandel in Fürsorge und Bildung durchzusetzen, sollte noch länger dauern. Die Eugenik zu verlernen, erwies sich als langwieriger postfaschistischer Prozess. Was brauchte es, in West und Ost, um sich eine andere Art des Miteinanders vorzustellen und vorzuleben? Welche Akteur*innen waren wichtig? Die »richtigen« Lehren aus der NS-Vergangenheit zu ziehen, war keineswegs eine gradlinige, sondern eine wechselvolle, von heftigen Kämpfen begleitete Geschichte.

Der lange Schatten des Nationalsozialismus

In den ersten postnationalsozialistischen Jahrzehnten war die Fürsorge- und Bildungssituation für Menschen mit geistigen und/oder psychischen Beeinträchtigungen auf beiden Seiten der deutsch-deutschen Grenze allzu häufig desolat. Besonders hart waren die Verhältnisse für Menschen, die in Einrichtungen lebten und der Mordmaschinerie – durch Glück oder aufgrund ihrer Fähigkeit, irgendeine Arbeit zu leisten – entgangen waren. Das lag nicht nur an den Kriegsschäden in den Anstaltsgebäuden und an den unzureichenden Ressourcen in der Mangelsituation der Nachkriegszeit. Auch Gesinnungen und Pflegepraxis waren brutaler geworden. Unter anderem weil es dauerhaft an Personal mangelte, wurden ehemalige Nationalsozialist*innen wieder als Pflegekräfte eingestellt. Aber auch ansonsten war das Personal mitnichten adäquat qualifiziert. Missachtung, Misshandlung, Fixierung, Demütigung, Ausbeutung der »Fitteren« und Vernachlässigung der Schwächeren, Missbrauch von Medikamenten – ob zur Ruhigstellung oder für medizinische Experimente – prägten den Alltag.

Mehrere Dynamiken verstärkten sich gegenseitig. Eine erste bestand in der seit Langem etablierten, unreflektierten Gewohnheit, den Wert von Menschen zu hierarchisieren. Sie hatte bereits in den 1880er-/90er-Jahren Gestalt angenommen, als zahlreiche Anstalten nicht nur zwischen »schulbildungsfähigen« oder lediglich der »Beschäftigung« fähigen Menschen unterschieden, sondern auch einen erheblichen Prozentsatz ihrer Bewohner*innen schlicht als »Pflegefälle« abtaten, denen sie keinerlei engagierte therapeutische Unterstützung anboten.

Eine zweite Entwicklung war die üble Verschärfung behindertenfeindlicher Vorurteile durch die NS-Propaganda. Und der dritte Faktor war das eifrige Mitmachen an der Verbreitung dieser stigmatisierenden Ressentiments nicht allein von Mediziner*innen, sondern eben auch gerade von denjenigen Berufsgruppen, in christlichen Anstalten und in Hilfsschulen, die eigentlich für Fürsorge und Bildung zuständig waren.

Die Eugenik, in Deutschland »Rassenhygiene« genannt, galt in den 1920er- und 1930er-Jahren als international hoch angesehene wissenschaftliche Bewegung – wobei gerade die angebliche Wissenschaftlichkeit viel zu ihrem Einfluss beitrug. Und tatsächlich waren Eugeniker*innen in den USA bei der Förderung der empirisch falschen Prämisse, dass geistige Behinderung erblich übertragen werde, maßgeblich beteiligt. Aber aus einer Vielzahl von Gründen war die deutsche Diskussionslage einzigartig: Deutschland war zum einen ab den 1870er-Jahren führend in der Entwicklung von Anstalten und bald auch Hilfsschulen; beeindruckend frühzeitig wurden angepasste pädagogische Ansätze entwickelt. Zum anderen war seit den 1890er-Jahren das Aussprechen von Todeswünschen gegenüber den schwerstbehinderten Menschen, ob neugeboren oder langzeitinstitutionalisiert, salonfähig geworden. Der Traum einer behindertenfreien Nation wurde zusätzlich aufgeladen, als der Rassenhygieniker Alfred Ploetz sich 1895 eine Zukunft ausmalte, in der das deutsche Volk stark, schön und klug sein würde. Bündig gesagt: Mordlust und die Verheißung von Vergnügen und Überlegenheit wurden affektiv fusioniert. Ohne Frage wussten sich christliche Anstaltsleiter schon um die Jahrhundertwende in der Defensive und suchten nach überzeugenden Gegenargumenten.

Mit der Niederlage im Ersten Weltkrieg, die gerade von den Eliten als »nationale Erniedrigung«, schwere narzisstische Kränkung und expliziter Stolzverlust erlebt wurde, kam hinzu, dass in immer schrilleren Tönen die Sorge verbreitet wurde, das Volk könne einfach nicht die Bürde eines so großen Anteils »imperfekter« Mitbürger*innen tragen. Diese Diskussion wurde zugleich zum Antrieb einer zunehmend angestrengt geführten Debatte, ob es vielleicht nicht nur, wie noch 1914 vermutet, 1,5 bis 2 Prozent, sondern tatsächlich 10, 20 oder gar 30 Prozent der Mitbürger*innen waren, die so »unterwertig« seien, dass sie an der Fortpflanzung gehindert werden sollten. Und mit der Publikation von »Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens« (1920), dem vieldiskutierten Manifest des Juristen Karl Binding und des Psychiaters Alfred Hoche, entstand eine weitere Debatte, ob nicht wenigstens die »Vollidioten« getötet werden könnten, um Geld zu sparen und Pflegekräfte für andere Zwecke freizusetzen. In die moralpolitische Klemme sowie unter erheblichen finanziellem Druck geraten, beteiligte sich vor allem die Leitung der protestantischen Inneren Mission im Laufe der 1920er-Jahre an einer folgenschweren Kompromissbildung, indem sie zwar der »Euthanasie« eine Absage erteilten, aber das Konzept eugenischer Sterilisationen sogar mit religiös überhöhten Argumenten förderten. Im »Dritten Reich« wirkten sie dann kräftig an den Zwangssterilisationen mit, statt sie, wie bei den Katholiken, nur widerstrebend zuzulassen.

Diese Komplizenschaft von Christ*innen an der Stigmatisierung und Misshandlung von Menschen mit Behinderung sollte noch lange nachwirken – und war mit ein Grund dafür, dass es bis in die 1980er-Jahre dauerte, bis die Abertausenden Überlebenden dieser Zwangseingriffe als Verfolgte des NS-Regimes anerkannt wurden. Aber vor allem verschwand nach der zweiten deutschen Niederlage 1945 die Wirkung der NS-Propaganda nicht einfach. Stattdessen ermunterte sie in den Nachkriegsjahren zu der Rationalisierung, die Verbrechen seien wegen der vermeintlichen Minderwertigkeit der Opfer gerechtfertigt gewesen.

In religiös ausgerichteten Anstalten hielt sich weiterhin eine gewisse Scham, weil sie sich um Menschen kümmerten, die nicht für sich selbst sorgen konnten – und es fällt auf, mit welcher Regelmäßigkeit Direktoren und Personal der Einrichtungen noch zwanzig Jahre nach Kriegsende von anhaltender Feindseligkeit in der breiten Öffentlichkeit berichteten, sogar von unverhohlen geäußerten Todeswünschen. Unterdessen verkündeten prominente Verfechter der Hilfsschulpädagogik – alsbald in »Sonderschulpädagogik« umbenannt – in den 1950er- und 1960er-Jahren mit unverkennbarer Genugtuung, dass es in den vergangenen Jahrzehnten, die implizit auch die Zeit des »Dritten Reichs« umfassten, so erfolgreich gelungen sei, »Schwachsinnige, Imbezile und Idioten« aus diesem Bereich

zu verdrängen und ihre Schulen für die (lediglich mäßig) »Lernbehinderten« zu echten »Leistungsschulen« zu machen. In Anbetracht dieser Herablassung gegenüber den eigenen Anbefohlenen begann eine neue Generation von Fachleuten und Aktivist*innen, sich gegen die früheren postnazistischen Zustände und Einstellungen zu wehren.

Revolutionärer Perspektivwechsel

Noch 1969 kam es in einem bayerischen Dorf, angeführt von seinem katholischen Priester, zu einem Gewaltausbruch gegen das Vorhaben, in der Umgebung ein Heim für Jungen mit geistiger Behinderung zu eröffnen – »diese depperten Kinder« würden die Touristen vertreiben. Die Dorfbürger*innen riefen antisemitische Parolen, verprügelten den (nichtjüdischen) Heimleiter, bis er eine Nierenblutung erlitt, und zündeten das Gebäude für das geplante Heim an – und die zu spät dazu geholte Feuerwehr machte das verkohlte Haus durch einen Wasserschaden vollends unbrauchbar. Der Vorfall beschäftigte die nationalen Medien drei Jahre lang und endete mit dem Freispruch des Pfarrers, der wegen Volksverhetzung angeklagt worden war.

Zugleich entstanden in den 1960er- und 1970er-Jahren auch Gegendiskurse – auf die alsbald wichtige Gegenprojekte folgten. Langsam lösten sich eugenische Sichtweisen auf, nicht zuletzt, weil sich allein im Laufe der 1960er-Jahre die Zahl der bundesweit als »lernbehindert« eingestuften Schüler*innen verdreifacht hatte, während sich die Belege häuften, dass höchstens 10 bis 20 Prozent der »Lernbehinderungen« überhaupt irgendeine (und dann meistens eine zufällige) biologische Ursache hatten. Die schlichte Wahrheit lautete, dass »Hilfsschüler und Lernbehinderte (…) vor allem sozial randständigen Familien der Unterschicht [entstammen]«. Und gerade angesichts der weiter schwelenden Behindertenfeindlichkeit sowie der erneuten Erkenntnis der Relevanz des sozioökonomischen Milieus schlug der Bochumer Pädagogikprofessor Jakob Muth 1973 unumwunden »eine weitmögliche gemeinsame Unterrichtung von Behinderten und Nichtbehinderten« vor. Dies war ein Paukenschlag – der von führenden Persönlichkeiten der Sonderschullehrerschaft denkbar schlecht aufgenommen wurde.

Aber just an dieser Stelle entzündete sich kreativer Widerstand. Gerade in der drängenden Notwendigkeit, überzeugende, frische Argumente zu finden und die Validität radikal integrativer Praktiken zu demonstrieren, wurden die innovativsten neuen Sichtweisen formuliert und unmittelbar experimentell umgesetzt. In diesem Sinne war es kein Zufall, dass die bald bedeutendsten Fürsprecher für Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen in der Bundesrepublik zwei andersdenkende Sonderschullehrer waren: Georg Feuser sowie Wolfgang Jantzen. Allen voran waren es junge Eltern von Kindern mit Beeinträchtigungen, die der Ausgrenzung ihrer Kinder in segregierten Sonderräumen überdrüssig waren und schon ab Mitte der 1970er-Jahre gemeinsam mit Lehrer*innen mit der Integration von Kindergärten anfingen und dann zu experimentellen, integrierten Grundschulgründungen übergingen. Zudem entstand eine wichtige Subgruppe in der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie: der Fachausschuss geistige Behinderung. Dies waren die Deinstitutionalisierungsaktivist*innen, die die Enthospitalisierung der Langzeitinternierten anstrebten und die alten Anstalten endlich abbauen und unbedingt auch der obszönen »Fehlplacierung« von Menschen mit geistiger Behinderung auf Psychiatrie-Stationen ein Ende machen wollten. Diese »totalen Institutionen« sollten durch betreute Wohngruppen in Familiengröße ersetzt werden, integriert in gewöhnlichen Wohnvierteln. Und nicht zuletzt spielte die am Ende der 1970er-Jahre entstehende Krüppelbewegung eine wichtige Rolle: Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen, die für sich selbst eintraten und energisch behindertenfeindliche Normen und Praktiken in allen Aspekten des gesellschaftlichen Lebens infrage stellten.

Feuser und Jantzen insistierten, dass es die Hauptaufgabe der pädagogischen Arbeit mit geistig behinderten Kindern sein müsse, ihnen das Gefühl zu vermitteln, »in kommunikativem Bezug als gleichwertiger Du-Partner erkannt, anerkannt und gewertet zu werden«. Beide lebten in der Praxis vor und vermittelten ihren Studierenden, dass man tatsächlich: alle und jede Hierarchisierung des menschlichen Wertes ablehnen kann; auch allerschwerstbehinderte Menschen als völlig gleichwertig ansehen und in reziproker Beziehung zu ihnen stehen und ihre Präferenzen anerkennen und respektieren kann; und dass man so kreativ unterrichten kann (unter anderem mit Feusers Konzept vom »zieldifferenten Lernen am gemeinsamen Gegenstand«), dass alle in der Lage sind, am gemeinschaftlichen Leben teilzunehmen. Sie retteten damit Menschen die jahrelang vernachlässigt worden waren.

Wichtige Verbündete fanden sie auch – wie so viele der jungen deutschen Professionellen im Bildungs- und Gesundheitswesen jener Jahre – in der Psichiatria-Democratica-Bewegung um den italienischen Arzt Franco Basaglia sowie in verwandten Projekten um den deutsch-italienischen Psychologen Otto-Ludwig Roser und den Spezialisten für Kinder mit Zerebralparese Adriano Milani Comparetti. In Italien waren die Sonderschulen schon 1977 »ohne großes Tamtam« aufgelöst und ihre Schüler*innen in Regelschulen integriert worden. Wie der Hamburger Psychologe Michael Wunder – ab den 1980er-Jahren einer der bedeutendsten Akteure in der radikalen Umwälzung der Fürsorgearbeit mit Menschen mit geistigen Beeinträchtigungen – die Kernbotschaft dieser miteinander und über Ländergrenzen hinweg komplex vernetzten Szenen rückblickend schlicht und prägnant resümierte: »Es gibt keine ›untere Grenze‹ für Zuwendung, Entwicklungsmöglichkeiten und Förderung.« Nicht zuletzt war die solidarische Intervention führender Aktivist*innen der Krüppelbewegung unabdingbar, die sich wiederholt über die alten Hackordnungen hinwegsetzten und nun auch für die Rechte und Würde von Menschen mit geistigen Behinderungen eintraten.

Sozialistischer Humanismus und behindertes Leben

Im Osten gab die SED einen sozialistischen Humanismus vor und positionierte sich, das muss man der DDR zugutehalten, offiziell anti-eugenistisch. Sofern die NS-Verbrechen gegen Menschen mit Behinderung überhaupt in den offiziellen Medien thematisiert wurden – das passierte vor allem in Momenten, in denen sich Hinweise auf diese Verbrechen in der ständigen Rivalität gegen den demokratisch-kapitalistischen, »neofaschistischen« Westen instrumentalisieren ließen –, wurden die nationalsozialistischen Bestrebungen, den »Volkskörper zu reinigen«, als Instrument, vor allem ärmere Teile der Arbeiterklasse zu unterdrücken und zu schädigen, gegeißelt. In populären Zeitschriften wurden eugenische Sichtweisen mit Nachdruck abgelehnt. Fachleute, auf die der Staat vertraute, betonten energisch, kognitive Beeinträchtigungen seien keinesfalls erblich oder Zeichen eines moralischen Versagens der Eltern, sondern ein zufälliger Schicksalsschlag, der viele mögliche Ursachen haben könne, von denen aber keine über die Generationen vererbbar sei.

Aber trotz des repetitiven Selbstlobs des Regimes, wenn es darum ging, der Bevölkerung zu vermitteln, was es alles an Rehabilitationsangeboten für »Geschädigte« gab, zählten in Wirklichkeit nicht alle in dieser sich den Idealen des sozialistischen Humanismus verpflichteten Nation als vollwertige Menschen. Denn das Regime – die DDR war schließlich zuallererst ein stolzer »Arbeiterstaat« – versteckte vor allem die Schwerstbehinderten absichtlich vor der Öffentlichkeit. Sie galten nicht nur als »schulbildungsunfähig«, sondern nicht einmal als »förderungsfähig« und ließen sich schlicht nicht »zu einer gesellschaftlich nützlichen Arbeit« heranziehen. Mit anderen Worten: die Betreuung der damals schon seit hundert Jahren als »Pflegefälle« Etikettierten überließ man, auf völlig unangemessene Weise, den Psychiatrien oder den (systematisch unterfinanzierten) Kirchen, denen ansonsten zutiefst misstraut wurde. Zeitzeug*innen berichteten rückblickend von Horrorszenarien. Und tatsächlich hielten die skandalösen Zustände im Osten länger an als im Westen.

Gleichwohl gilt es festzuhalten, dass es wichtige Beispiele hingebungsvoller Fürsorge und beeindruckend couragierte Fürsprecher*innen des Werts auch von schwerer beeinträchtigten Menschen in der DDR gab. In einer Gesellschaft, in der so vieles unsagbar war, mussten diese Andersdenkenden – ob humanistisch-atheistisch oder dissident-christlich motiviert – Möglichkeiten finden, sich innerhalb des vorgegebenen rhetorischen Rahmens zu bewegen und zugleich dessen Grenzen auszudehnen. Dazu gehörten zum Beispiel der Bernburger Psychiater Helmut Späte und der Leipziger Historiker Achim Thom. Beeindruckend war Spätes Einsatz für die Errichtung einer offiziellen Gedenkstätte für die Opfer der ehemaligen T4-Tötungsanstalt Bernburg. Zum Erfolg gegen das aggressive Desinteresse der Parteikader führte unter anderem der taktisch geschickte Hinweis, dass man an den NS-»Euthanasie«-Morden besonders gut »Klassenkampf und faschistische Tyrannei (…) demonstrieren« könne. Zu den humanistischen Atheisten gehörte auch der beliebte ostdeutsche Schriftsteller Franz Fühmann – ein reformierter Ex-Stalinist – der zusammen mit dem Fotografen Dietmar Riemann mit dem Bildband »Was für eine Insel in was für einem Meer« eine beeindruckende Hommage an die außergewöhnliche Oase der exzellenten Fürsorge in den Samariteranstalten in Fürstenwalde östlich von Berlin schuf. Der Text legt poetisch Zeugnis ab von Fühmanns eigener und überwältigender Veränderung durch die Begegnung mit den Menschen mit Behinderung und ihren Pflegekräften.

Für den Praxiswandel war jedoch wohl niemand bedeutender als das evangelische Kinderarztehepaar Jürgen und Uta Trogisch. Die Trogischs verwandelten eine 400-Personen-Einrichtung, den Katharinenhof nahe der tschechischen und polnischen Grenze, in eine weitere Insel der Liebe und Fürsorge, wo sie schon ab Anfang der 1970er-Jahre brillante therapeutische Ansätze und Strategien der Inklusion entwickelten. Ihr Verdienst war es, das Konzept der »Förderpflege« zu entwickeln – speziell um die in der DDR übliche Unterscheidung zwischen »Förderfähigkeit« einerseits und »Pflegefall« andererseits scheinbar zu respektieren und sich zugleich darüber hinwegzusetzen.

Rückkehr des Sozialdarwinismus

Schon vor dem Mauerfall 1989 hatten alle hier vorgestellten Protagonist*innen Kontakt mit Gleichgesinnten über die Ost-West-Grenze hinweg entwickelt, aber die Wendezeit brachte auf beiden Seiten immense Fortschritte in den sozialen Diensten und eine Transformation der Wohlfahrtsinfrastruktur – nicht zuletzt, weil sie auch dem Westen Ansporn bot, endlich vor der eigenen Haustür zu kehren. Die Lernkurve im wiedervereinigten Deutschland, die der Perspektivwechsel einiger weniger Aktivist*innen in West und Ost Jahrzehnte zuvor ermöglicht hatte, war steil und beeindruckend.

Die gesellschaftliche Lage für Menschen mit Behinderung hat sich inzwischen fraglos verbessert. Deutschland hat 2009 die UN-Behindertenrechtskonvention ratifiziert, und dies hat zu signifikanten Neuerungen im Vormundschaftsrecht und zum neuen Bundesteilhabegesetz geführt. Die Botschaft des 2022 verstorbenen, für Psychiatriepatient*innen und Menschen mit Beeinträchtigungen unermüdlich streitenden Arztes Klaus Dörner – »mit den Schwächsten beginnen« – galt als Orientierungspunkt für einen immer breiter getragenen Konsens in engagierten Wohlfahrtskreisen und im Gesundheitswesen.

Zugleich wuchsen aber auch neue Widerstände gegen diesen Perspektivwechsel. Das Thema geistige Behinderung entpuppte sich schon wieder als erstaunlich zentral für das Selbstverständnis der Nation. Insbesondere Vertreter*innen der AfD äußerten sich in den vergangenen Jahren mehrfach despektierlich und diskriminierend über Menschen mit Behinderungen. Doch diese Bösartigkeit ist nicht zuletzt wirksam, weil

das Unbehagen gegenüber Menschen mit Behinderungen auch im weiteren politischen Spektrum offensichtlich immer noch ansprechbar ist. Vor allem beim Thema der Inklusion von Kindern mit Behinderungen in Regelschulen ist derzeit ein unschöner Rollback im Gange.

Die Eugenik war, neben dem Antisemitismus, die »fake news« ihrer Ära. Ihre Unrichtigkeit war für viele in der Nachkriegszeit jedoch schwer zu erkennen, und sei es auch nur, weil Verachtung von Schwäche und ein Überlegenheitsgefühl gegenüber Menschen mit geistiger Behinderung damals wie heute in weiten Kreisen der Gesellschaft schlicht als universell akzeptabel erscheinen können. Ob der neuerdings wieder salonfähig gewordene Sozialdarwinismus eher als ein Zeichen von genuiner Verunsicherung bezüglich der »Smartness« der Nation zu verstehen ist, oder ob die Anti-Inklusions-Rhetorik hauptsächlich als eine dem Stimmenfang dienliche Schmeichelei der sich als nicht behindert verstehenden Bürger*innen interpretiert werden kann, bleibt offen. Eine verstörendere Möglichkeit ergibt sich, wenn wir die verhängnisvolle NS-Geschichte der Erziehung von Kindern zur Verachtung wehrloserer Menschen bedenken. Das dringende Beharren darauf, dass Kinder mit und ohne Behinderungen weiterhin segregiert werden sollen – womit Behinderung für die Mehrheitsgesellschaft wieder weitgehend unsichtbar bleibt – könnte als nicht ganz geheime Zusatzfunktion die bewusste Erziehung zur generelleren Empathielosigkeit haben. Was der Literatur- und Sozialwissenschaftler Jan Philipp Reemtsma kürzlich über Antisemitismus schrieb – »[d]ie Pflege eines Ressentiments ist die aufwandärmste Weise, ein Überlegenheitsgefühl zu gewinnen und auf Dauer zu stellen« – gilt augenscheinlich auch für Behindertenfeindlichkeit. Wir können noch heute und auch morgen viel von den radikal Andersdenkenden der 1970er- und 1980er-Jahre lernen.

Gekürzte Fassung des in Aus Politik und Zeitgeschichte *(32-35/2025, S. 11–19) unter Commons-Lizenz erschienenen Artikels (CC BY-NC-ND 3.0 DE). Der vollständige Text mitsamt Literaturhinweisen: www.bpb.de/569371*

Prof. Dr. Dagmar Herzog ist Professorin für Geschichte am Graduate Center der City University of New York. Zu ihren Forschungsschwerpunkten zählen die Geschichte der Sexualität, die Geschichte des Holocaust und des Nationalsozialismus sowie die Religionsgeschichte.



Ein Jahr engagiert für Solidarität und Gerechtigkeit? #mitASF!

Jetzt bewerben für ein internationales Freiwilligenjahr, das ab September 2027 beginnt.

Alle Informationen und Online-Bewerbung:
www.asf-ev.de/freiwilligendienst

Wir beraten dich auch gerne persönlich:
infobuero@asf-ev.de | +49 30 28 395-184

Gott setzt Menschen ihre Krone auf

Ellen Ueberschär

Wo fängt es an? Wo es aufhört, wissen wir: Unter der zynischen Bezeichnung »Euthanasie« – der gute Tod – wurden während des Nationalsozialismus 200.000 bis 300.000 Menschen ermordet.

Wo fängt es an? Es fängt dort an, wo wir glauben, so etwas wird nie wieder passieren. Wir haben doch aus der Geschichte gelernt. Das Grundgesetz setzt mächtige Anker gegen jede Menschenverachtung, schon in der Präambel. Es fängt dort an, wo wir glauben, die Evangelische Kirche als Ganze hätte sich zu ihrem Beitrag zu dieser Apokalypse bekannt. Das ist nicht der Fall. Einzelne diakonische Träger haben das getan, besonders eindrücklich die Evangelische Stiftung Alsterdorf in Hamburg.

Es fängt nicht oben an, im Grundgesetz, bei Kirchen und anderen Institutionen, sondern im Alltagstrott. Das Ende der Morde nach dem NS bedeutete nicht das Ende der Gewalt. In der Stephanus-Stiftung haben wir ein Projekt »Erinnern und Anerkennen«, das eigentlich nie aufhört, zumindest so lange nicht, wie Menschen sich erinnern können, was ihnen an struktureller, manchmal unbedachter Gewalt in den Heimen der DDR-Diakonie widerfahren ist. Eine kleinere Gruppe von Menschen ist mit künstlerischen Mitteln in die eigene Geschichte eingetaucht. Sie können heute unbefangen über das Erlebte sprechen.

In einer Andacht haben wir das gemeinsam, Menschen mit und ohne Behinderung, reflektiert: »Alle, die geredet haben, haben Wichtiges gesagt. Sie haben sich erinnert und sie haben etwas Schönes gestaltet: Die Krone. Den Reichsapfel. Das sind wichtige Zeichen. Sie zeigen: Jeder Mensch ist eine Königin im eigenen Leben. Jeder Mensch ist unendlich wertvoll. Jeder Mensch ist Gottes Geschöpf. Jeder Mensch darf ICH sagen. Darf sagen: Das bin ich! Und ja, das bist Du! Mit deiner Angst, mit Deiner Freude, mit Deinem Lachen und Deinem Weinen – das bist Du!«

Wir haben als Stiftung unsere Schuld bekannt in der Sprache, die alle verstehen: »Und wenn Du nicht gesehen wurdest, dann war es Unrecht. Es waren andere Betreuerinnen, andere Regeln, aber – es war die gleiche Stiftung. Wir können nichts entschuldigen, was nicht hätte passieren dürfen. Das, was zerbrochen ist in der Kindheit, das können wir nicht vollständig reparieren. Und das müssen wir akzeptieren. Deshalb gehen wir weiter mit unseren zwei großen Wörtern: Erinnern und Anerkennen. Erinnerung an das Leid, die Gewalt, die strengen Regeln. Anerkennen der Erinnerungen von Ihnen, von den Menschen, die davon noch berichten und erzählen können, weil sie Könige und Königinnen in ihrem eigenen Leben sind.«

Und wir haben es theologisch reflektiert mit einer Übertragung von Psalm 8:

Was ist der Mensch / dass Du an ihn denkst? /
Und was sind die Kinder und Enkel, dass Du, Gott, sie ansiehst in Liebe? / Wenig niedriger als Gott hast Du sie gemacht, / Du hast sie gemacht wie Könige /
mit großer Anerkennung und ganz viel Glanz hast Du uns Menschen Deine Krone aufgesetzt / Du hast alles, was Du, Gott, gemacht hast / in unsere menschliche Verantwortung gegeben / Gott, unser wichtigster Freund, wie wunderbar ist dein Name in allen Landen!

Ist es möglich, Psalm 8 zur Richtschnur des Handelns zu machen, unabhängig von der Frage, ob ich ein Mitglied der Bundesregierung bin, ob ich Verantwortung in der Kirche trage oder einfach nur einen Freiwilligendienst absolviere?

Wenn es möglich ist, dann müsste der Protest gegen die neue Sprachgewalt lauter sein. Da schwadronieren Lokalpolitiker vom »Schlaraffenland«, in dem Menschen mit Assistenzbedarf angeblich leben und auf diese Weise den Sozialstaat für alle ruinieren würden. Wo fängt es an? Hier fängt es an. Wenn manipulative Narrative bewusst aufgebaut werden. Die sind wie Wälder bei Hitze, sie lassen sich leicht entzünden. Ich aber möchte darauf vertrauen, dass wir viele sind, die Sprache und Sein an Psalm 8 ausrichten: »Du hast sie gemacht wie Könige«.

Dr. Ellen Ueberschär ist Vorstandsvorsitzende der Stephanus-Stiftung. Die Stiftung unterstützt mit dem Stephanus-Stipendium *ASF*-Freiwilligendienste.

Mose stottert, Gott fährt Rollstuhl

Marie Hecke über Theologische Disability Studies

Mose stottert und hält sich für nicht geeignet als Prophet; Isaaks Blindheit ermöglicht es Rebecca, ihrem jüngeren Lieblingssohn den Segen zukommen zu lassen; die Propheten versprechen eine bessere Welt, in der die Blinden sehen und die Lahmen gehen werden; Jesus ›heilt‹ Kranke und Menschen mit Behinderung als Anfang dieser besseren Welt und Paulus, selbst chronisch erkrankt, stellt die Körper der Menschen und ihre Geschichten in den Mittelpunkt, wenn er über Auferstehung spricht.

Öffnet man die Bibel, sind Behinderungen omnipräsent. Allerdings wurden diese biblischen Geschichten über Jahrhunderte von Theolog*innen interpretiert, die Behinderung als Missgeschick, als Mangel, der überwunden werden muss, als Strafe und als minderwertig ansehen. Die Wirkungs- und Auslegungsgeschichte dieser Texte ist also vielfältig von Ableismus geprägt.

Disability Studies, so Rosemarie Garland-Thomsen, erzählen andere Geschichten über Behinderung, die diese als Fragment der eigenen Identität darstellen; die aufzeigen, dass Behinderung eine andere, bereichernde Perspektive auf die Welt und das Leben darstellt.[1] Sie holen Behinderung in der Geschichte wie auch in Geschichten aus der Unsichtbarkeit in die Sichtbarkeit. Überträgt man diesen Ansatz der Disability History auf den Umgang mit biblischen Geschichten, stellt sich die Frage, welchen Beitrag sie leisten können, um diese andere Geschichte von Behinderung zu erzählen.

Mose stottert

Mose ist eine der wichtigsten Figuren der hebräischen Bibel. Er ist die zentrale Figur der Tora, der ersten fünf Bücher des Alten Testaments. Nach der biblischen Überzeugung gibt es nach ihm keinen Propheten mehr, der an seine Bedeutung heranreicht. Mose führte das Volk Israel aus der Sklaverei in Ägypten, sprach mit Gott auf dem Berg Sinai und überlieferte die Tora. Das Wissen über ihn gehört zum Einmaleins des biblischen Wissens. Was dabei in den wenigsten Geschichten betont oder nur erwähnt wird, ist: Mose hat eine Sprachbehinderung. Als Gott zu Beginn des Buches Exodus Mose den Auftrag gibt, mit dem Pharao zu sprechen, antwortet dieser in Exodus 4,10: »Ach, meine Herrin, ich habe noch nie gut reden können. Mein Mund ist unbeholfen, und meine Zunge ist schwer«.

Dieser Vers wird unterschiedlich interpretiert. Eine Möglichkeit insbesondere in der jüdischen Tradition ist, dass Mose eine Behinderung hatte.[2] Der größte und wichtigste Prophet der hebräischen Bibel hat eine Sprachbehinderung: Er stottert. Als er von Gott beauftragt wird, das Volk Israel aus der Versklavung zu führen, lehnt er aufgrund seiner Behinderung ab. Mose ist überzeugt: Wenn ein Redner gebraucht wird, dann ist er nicht der richtige, sondern ungeeignet. Dennoch schickt Gott Mose – mit dem Versprechen, dass SIE bei ihm sein wird. Aber Mose widerspricht und protestiert erneut. Dann sagt Gott: »Na, gut. Nimm deinen Bruder, Aaron. Er wird für dich sprechen.« Dies ist die erste Assistenz in der Tora, die erste Anpassung, die Gott für Menschen mit Behinderungen macht, ein Wechsel der üblichen Praxis, um Gleichberechtigung zu ermöglichen und zu schaffen.

Mose ist so ein Beispiel dafür, dass Behinderung kein Hindernis für eine Leitungsfunktion und Vorbildrolle ist. Der stotternde Mose führt das versklavte Volk in die Freiheit. Darüber hinaus stellt dieser Text die Idee vor, dass es wichtig ist, Behinderung nicht zu übergehen oder unsichtbar zu machen, sondern ihr Beachtung und Sichtbarkeit zukommen zu lassen. Gott sieht Moses Behinderung und versteht, dass diese relevant ist und welche Voraussetzungen – wie eine Assistenz – es braucht, damit er der Anführer des Volkes Israel werden kann. Exodus 4,11 beschreibt, wie Gott jede Person mit bestimmten Sinnesfähigkeiten ausstattet: Sie werden sprechend oder still, hörend oder gehörlos, sehend oder blind geschaffen. Rabbi Darby Leigh der selbst schwerhörig ist, zeigt die Wichtigkeit dieses Verses für seine eigene religiöse Entwicklung auf: Der Vers hat seinen Wert als ein gehörloses Kind bekräftigt. Der Vers, so erklärt er, »ermöglichte es mir zu spüren, dass ich taub erschaffen worden war – anstatt meine Taubheit als bloßen Fehler, Defekt oder Abweichung zu betrachten.«[3]

Die Sichtbarkeit von Moses Sprachbehinderung war schon zu Entstehungszeiten der biblischen Texte und Geschichten

nicht selbstverständlich. Sie wird in der Bibel nur an dieser Stelle erwähnt. In anderen Texten ist sie unsichtbar. Sie wird kaum bemerkt, beachtet und erzählt. Das letzte Buch der Tora, das Buch Deuteronomium, enthält die längste Rede der ganzen Bibel. Mose, ein Mann mit einer Sprachbehinderung, hält diese Rede. Vielleicht hat er langsam gesprochen, hat jedes Wort sorgsam gewählt, hat sich Zeit genommen und gewartet, bis alle seine Worte verstanden haben. Er hat seinen Raum und seine Stimme mit Behinderung behauptet. Bei der Lektüre des Deuteronomiums würden wir Mose durch die lange, wunderschöne Rezitation seines eigenen Lebens stottern hören – ohne Zögern und Zittern, ohne Scham.

Stottern wird gesellschaftlich oft als missliche Art zu sprechen verstanden; Menschen, die stottern, werden weniger ernst genommen und stigmatisiert. Würden wir anders denken, wenn es mit zu unserem kulturellen und religiösen Gedächtnis gehören würde, dass Mose, der größte Prophet des Ersten Testaments, gestottert hat? Wenn diese Behinderung sich nicht in einem Vers verstecken und nicht unsichtbar, sondern sichtbar gemacht worden wäre und deutlich erzählt worden wäre?

Gott fährt Rollstuhl

Zu Beginn des Buches Ezechiel wird von einer Vision des Propheten, in der er Gott beschreibt, berichtet. Ezechiel erzählt wie »die Himmel geöffnet wurden und er eine göttliche Vision« (Ez 1,1) hat. In ihr sieht er: Engel, Feuer und Lichterglanz, und einen göttlichen Wagen mit großen wunderbaren Rädern. Die Räder, sagte Ezechiel, glänzten wie Topas. »Und der Geist und die Kraft der himmlischen Wesen war in den Rädern.« (Ez 1,20)

Der Beginn des Buches wird immer an dem jüdischen Feiertag Schawuot, dem Tag der Offenbarung der Tora, in der Synagoge gelesen. Vor einigen Jahren, als die Rabbinerin und Professorin Julia Watts Belser an Schawuot in der Synagoge saß und diese Worte von Ezechiel hörte, veränderte sich ihre Perspektive radikal und ihr trat diese Vision bildlich vor Augen: Gott hat Räder, Gott fährt Rollstuhl. Es hat sich ihr durch diese Erkenntnis ein völlig neues Gottesbild erschlossen. Sie schreibt dazu:

> *»Wenn ich mir Gott auf Rädern vorstelle, denke ich an die Freude, die mir mein eigener Rollstuhl gibt, wie es mich befriedigt mein Leben mit Rädern zu leben. Meine Räder befreien mich. Sie erweitern meinen Geist. Rollstuhl fahren ist für mich eine Freude: Wie ich die Räder spüre, auf Asphalt oder auf Erde, wie ich mich in die Kurve lege und bergab gleite, wie ich gleichzeitig den Puls der Erde und der Räder in meinen Händen fühle. Geist und Seele sind für mich ganz fest mit diesem körperlichen Wissen verbunden. So fühle ich Gott: In dem berauschenden Zusammenspiel von Muskeln und Rad, Atem, Luft und Erde.«*

Diese Erkenntnis, dass wir uns Gott als eine Rollstuhlfahrerin vorstellen können, folgt einer Spur der Pionierin der christlichen Disability Studies, Nancy Eiesland (2018), die Jesus als den »behinderten Gott« beschreibt. Eiesland bemerkt, dass der auferstandene Christus mit seinem versehrten, behinderten Körper ein Körperbild widerspiegelt, welches gesellschaftlich abgewertet wird. Für diejenigen unter uns, deren Körper dauerhaft abgewertet werden, ist es eine empowernde Neuorientierung, dass Gottes Ebenbild auch in unserem Körper, unserem Fleisch ist.

Diese zwei Beispiele – Mose, der stottert, und Gott, die Rollstuhl fährt – zeigen: Wenn Disability und Theologie zusammengedacht werden, können wir einen biblischen Reichtum an anderen, teilweise überraschenden Geschichten entdecken und Behinderung als Aspekt des Körpers und des Geistes im theologischen Denken einen Ort geben. Behinderung stellt dann keinen Mangel dar, der möglichst schnell »überwunden« oder »geheilt« werden muss, sondern ist ein Katalysator für oder eine Ermöglichung von menschlichen Erfahrungen und Fähigkeiten und von Gotteswahrnehmung.

Der Text ist eine gekürzte Variante des Artikels: Hecke, Marie/Watts Belser, Julia (2024): Mose stottert, Gott fährt Rollstuhl. Crip Culture im Gespräch mit der Bibel, in: Zeitschrift für Disability Studies, Bd. 1.

Dr. Marie Hecke ist Pfarrerin am Institut Kirche und Judentum und Referentin der Generalsuperintendentin, Prof. Dr. Julia Helmke, Berlin. Sie ist Mitglied im Vorstand von *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste*.

1 Garland-Thomson, Rosemarie (2023): Andere Geschichten, in: Petra Lutz u. a. (Hrsg.): Der (Im-)Perfekte Mensch. Metamorphosen von Normalität und Abweichung, Köln/Wien, S. 418–425.
2 Watts Belser, Julia (2023): Loving Our Own Bones. Disability Wisdom and the Spiritual Subversiveness of Knowing Ourselves Whole, Boston.
3 Buchholtz, Noah/Leigh, Darby J. (2020): Religion and Deaf Identity, in: Leigh, Irene W/O'Brien, Cathrine (Hrsg.): Deaf Identities: Exploring New Frontiers, Oxford, S. 72.

Zusammen arbeiten, lernen und leben

Cora in der Arche
Brüssel

In den Arche-Lebensgemeinschaften wohnen, lernen und arbeiten Menschen mit und ohne Behinderung miteinander. Auch in Belgien engagieren sich Freiwillige in Archen in Gent, Antwerpen, Brügge und Brüssel. In Brüssel hat die Arche ihre Heimat in mehreren alten Stadthäusern. Cora lebte dort 2013 mit den Bewohner*innen und weiteren Assistent*innen zusammen. Vom Aufstehen, Frühstücken über Körperpflege und den Weg in die Schule bis zum Einkauf und Abendessen ging sie mit den Bewohner*innen durch den Tag. Auch gemeinsame Ausflüge und kleine Reisen erlebten sie in ihrem Freiwilligenjahr zusammen.











Inklusion: alltäglich und in alle Richtungen

Archen gibt es weltweit. Hier leben Menschen mit und ohne geistige Behinderung in Wohngruppen zusammen. Aus einer katholischen Tradition kommend verbinden die Archen heute Menschen mit ganz unterschiedlichen Hintergründen und Überzeugungen. Auch *ASF*-Freiwillige bringen sich in Archen in den Niederlanden, Frankreich oder Belgien ein – wie **Juliane Herfarth** in Brüssel.

Ich komme aus Berlin, bin 20 Jahre alt und habe bis September meinen Freiwilligendienst in der Arche in Brüssel gemacht. Sie besteht aus vier verschiedenen Wohngemeinschaften, den Foyers. Bei uns sind das kleine Reihenhäuser, die alle im selben Stadtteil, Etterbeek, liegen. Das Besondere an den Foyers ist, dass sie die Größe eines Familienhauses haben. So können sich alle Bewohner*innen wirklich zuhause fühlen. In meinem Foyer, der »Ruche« (Bienenstock), wohnen sechs Menschen mit Behinderung und neben mir drei weitere Freiwillige. Zum Team gehören auch noch vier Hauptamtliche.

Zusätzlich zu den Foyers gibt es ein Tageszentrum der Arche, das »Grain«. Dort verfolgen einige Bewohner*innen unter der Woche unterschiedliche Projekte: Sie ziehen Kerzen, setzen Mosaike oder besuchen verschiedene Workshops: von Sport über Zirkus bis zu »Snoezelen«, ein Angebot, um sich zu entspannen. Dadurch ist die Woche durchgeplant und jede*r hat etwas vor.

Wir Freiwilligen arbeiten entweder morgens oder abends, am Wochenende auch den ganzen Tag über. Die Morgenschicht beginnt um 6:45 Uhr, um die ersten Bewohner*innen zu wecken. Daraufhin bereiten wir das Frühstück vor, schnippeln Obst und räumen die Spülmaschine aus. Peu à peu kommen dann alle Bewohner*innen zum Frühstücken. Einen Bewohner begleiten wir danach immer zu seinem Tageszentrum, die anderen werden abgeholt oder gehen eigenständig los. Nachdem alle aufgebrochen sind, kümmern wir uns um den Haushalt. Dazu gehört es, Wäsche zu waschen, die Küche aufzuräumen und zu putzen. Nachmittags um 16 Uhr fängt die spätere Schicht an. Alle kommen aus dem Tageszentrum zurück und es findet das »Goûter« statt. Bei diesem kleinen Snack erzählen sich alle, wie ihr Tag war, während wir gemeinsam Obst und Joghurt essen. Eine von uns Freiwilligen begleitet A. beim Duschen. Sie zu berühren, ist dabei nicht notwendig, stattdessen zeigen wir pantomimisch, wo sie sich waschen sollte. Anfangs war diese Situation beim Duschen etwas, wovor ich viel Respekt hatte, aber schnell wurde es Teil der Routine. Außerdem macht es teilweise richtig Spaß, weil A. dabei immer Musik anmacht und wir zusammen singen und ein bisschen tanzen.

Beim Kochen fürs Abendessen helfen immer andere Bewohner*innen. Das Essen dauert immer ziemlich lange, weil ein Bewohner sehr langsam isst. Danach gehen alle nach oben ins Wohnzimmer und wir trinken einen Tee. Um 21 Uhr geht es Richtung Bett und wir helfen allen bei ihrer Abendroutine. P. muss man sein Gebiss rausnehmen und die Zähne putzen. C. bekommt diverse Cremes aufgetragen und wir besprechen mit ihm den Plan für den folgenden Tag. T. darf für eine halbe Stunde seinen Laptop benutzen, bevor er mit seiner Mutter telefoniert. Für ihn plane ich meistens noch ein bisschen Zeit ein, da T. sehr viel Redebedarf hat und regelmäßig Trost braucht, weil ihn kleine Begebenheiten sehr mitnehmen. Für die Nacht sind zwei Freiwillige eingeteilt, bisher ist jedoch nie etwas passiert und wir können entspannt schlafen gehen. Am Wochenende haben wir sehr viel mehr Zeit mit den Bewohner*innen und können zusammen malen, Armbänder basteln, spazieren oder ins Café gehen.

Alles in allem macht mir die Arbeit großen Spaß: Sie ist vielseitig und prägt uns Freiwillige sehr, weil sich enge Beziehungen zu den Bewohner*innen entwickeln. Wir lernen uns sehr gut kennen, die Bewohner*innen erzählen von sich und ich kann von mir erzählen. Wir tanzen manchmal in der Küche zu Johnny Hallyday zusammen, das Lieblingslied von P. ist »Allumer le feu«. Gleich in meiner ersten Arbeitswoche hat P. sich mit seiner Luftgitarre auf die Knie geworfen und laut mitgesungen. Solche Momente haben mir geholfen, mich schnell in dem Foyer wohlzufühlen.

Viel Verantwortung – aber auch Erfüllung

Eine Sache, die mir bald schon aufgefallen und in letzter Zeit noch klarer geworden ist, ist, dass wir Freiwilligen sehr viel Verantwortung auferlegt bekommen. Teilweise arbeiten wir einen ganzen Tag lang ohne Hauptamtliche. Vor allem am Anfang hat mich das überfordert. Je mehr Zeit vergeht, desto selbstsicherer wird man aber auch in seiner Arbeit. Es gab Momente, in denen ich mir gewünscht hätte, dass wir Freiwilligen die Verantwortung abgeben können, wenn wir mit einer Situation überfordert sind. Gleichzeitig ist es irgendwie schön, diese Verantwortung zu haben, weil wir so das Gefühl bekommen, richtig gebraucht zu werden. Außerdem bedeutet die Arbeit mit Freiwilligen, die jedes Jahr neu in die Gemeinschaft kommen, immer wieder eine Form der Öffnung nach außen: Die Freiwilligen lernen dieses Zusammenleben ganz neu kennen und mit jedem neuen Menschen kommt etwas anderes in die Gemeinschaft. So wird in beide Richtungen Inklusion geschaffen, wie es sonst in ganz festen Teams und Wohngruppen nicht der Fall wäre.



Insgesamt habe ich in diesem Jahr erfahren, wie einfach Inklusion sein kann. Ende Mai fand in Brüssel ein 20-Kilometer-Lauf statt, an dem auch einige Bewohner*innen teilgenommen haben. In der Kategorie »Handisport« sind sie in Begleitung von Freiwilligen als erstes gestartet. Direkt danach kamen die Profisportler*innen, alle auf derselben Strecke. Für die Bewohner*innen und auch für mich war der Lauf ein Highlight. Ein Bewohner ist sogar die ganzen 20 Kilometer ohne Pause gelaufen. Ein anderes Beispiel: Direkt bei unserem Foyer gibt es ein Bistro, zu dem wir in verschiedenen Konstellationen mindestens einmal pro Woche gehen. Die Betreiber kennen uns gut und es ist schön zu sehen, wie willkommen die Bewohner*innen dort sind. Im Supermarkt kennen uns die meisten Kassierer*innen und lächeln mitfühlend, wenn T. wieder einen kleinen emotionalen Ausbruch hat. Es gibt jedoch auch Leute, die komisch gucken. Bei den meisten Bewohner*innen habe ich aber das Gefühl, dass sie das – so wie ihre eigene Behinderung – gar nicht so wahrnehmen.

Nach diesem Jahr kann ich mich dankbar schätzen, Inklusion auf so eine gute und schöne Weise erlebt zu haben, wie es an vielen Orten, ob in Belgien, Deutschland oder anderswo, leider nicht selbstverständlich ist. Die Arche ist kein Ort, an dem Menschen mit Behinderung nur betreut werden, sondern ein Ort, der ein gemeinsames Leben und Zuhause ermöglicht: Ein richtiges Zuhause für die Bewohner*innen und für uns als Freiwillige ein zwar temporäres, aber doch auch richtiges Zuhause.

Juliane Herfarth war bis September 2026 *ASF*-Freiwillige in der Arche Brüssel. Ihr Freiwilligendienst fand im Rahmen des Internationalen Jugendfreiwilligendienstes (IJFD) statt und wurde von der Stephanus-Stiftung gefördert.



Amos aus Erfurt begleitet seit September Menschen mit Behinderung in der Arche in Lille, Frankreich.

Freiwillige ein Jahr begleiten,
Engagement ermöglichen

Jetzt eine Patenschaft übernehmen!

www.asf-ev.de/freiwilligenpatenschaft

Ein Raum für alle

Ist dir Inklusion schon einmal im Alltag begegnet? Rollstuhlrampen, Blindenleitstreifen, Gebärdensprache, visuelle Anzeigen in Zügen, Blindenschrift (Brailleschrift) und leichte Sprache, all das ist Teil von Inklusion.

Finia Dührkoop



Ich heiße Finia, bin 21 Jahre alt und trage ein Hörgerät und ein Cochlea-Implantat. Bis September absolviere ich mit ASF *einen Freiwilligendienst in Norwegen. Meine Aufgabe besteht darin, Menschen mit Behinderung, oftmals mit einer Hörbehinderung, im Alltag und bei der Arbeit zu begleiten.*

Gibt es einen Unterschied zwischen Inklusion und Integration?

Inklusion ist in meinem Leben immer wieder Thema – sei es in der Schulzeit, in Freundschaften, bei Freizeitaktivitäten oder auch in meinem Auslandsjahr. Mir ist es wichtig, zu Beginn zu sagen, dass ich aus meiner Erfahrung schreibe, und es gibt andere Menschen mit anderen Erfahrungen.

Inklusion bedeutet für mich, dass jeder Mensch immer und überall Teilhabe erleben kann. Das heißt, dass Unterschiede mitgedacht werden und sich ein System flexibel an die Bedürfnisse eines Menschen anpasst und alle sich in den gleichen Räumen begegnen.

Ich begegne in meinem Alltag allerdings eher der Integration. Konkret bedeutet das, dass ich mich oft anpassen muss. In meiner Schulzeit in der Regelschule war dies mein täglich Brot. Ich wusste, dass es in meiner Verantwortung lag, meine Mitschüler*innen immer wieder an mein Mikrofon zu erinnern und ein genervtes Stöhnen ertragen zu müssen. Über meine Grenzen hinaus zuzuhören, um später meine Aufgaben gut zu bearbeiten. Wenige Lehrkräfte haben versucht, mir den Alltag leichter zu machen. Hier, in dem kleinen norwegischen Dorf Andebu rund 100 Kilometer südlich von Oslo, habe ich Zeit zu reflektieren und Abstand zu gewinnen.

Das Leben in Andebu

Die Organisation SIGNO, bei der ich meinen IJFD absolviere, setzt sich vor allem für Menschen mit einer Hörbehinderung ein. Aus diesem Grund können die meisten Betreuer*innen die Norwegische Gebärdensprache. Wichtig zu wissen ist auch, dass einige Betreuer*innen ebenfalls gehörlos sind, und somit die Gebärdensprache seit ihrer Geburt erlernt haben. Ich selber lerne diese auch und kann so, ohne meine Ohren anzustrengen, einem Gespräch folgen. SIGNO ist an mehreren Standorten in Norwegen tätig: Andebu, Sandefjord, Trondheim, Oslo und Bergen. In Andebu ist SIGNO in den Bereichen Schule, Wohnen, Arbeiten und Leben (Freizeit) aktiv. Einmal monatlich gibt es einen Gottesdienst für die Bewohner*innen. Meine Mitfreiwilligen Frieda und Johann, die auch in Andebu ihren IJFD absolvieren, und ich helfen nach dem Gottesdienst beim Kirchenkaffee aus. Sonst sind meine Aufgaben sehr vielfältig. Ich bin mehrmals in der Woche in Werkstätten aktiv, wo ich die Aufgaben der Beschäftigten vorbereite oder nachbereite. Außerdem arbeite ich im betreuten Wohnen, stehe dort für Gespräche mit den Bewohner*innen bereit oder gestalte eine Abendaktivität, zum Beispiel Filmvorführungen oder Backen.

Eine neue Erfahrung: Gebärdensprache im Alltag

Meine Mitfreiwilligen Frieda und Johann, lernen ebenfalls die Norwegische Gebärdensprache. Somit kann ich, wenn ich mal eine Hörpause brauche, trotzdem einfache Gespräche führen. Diese Form der Kommunikation genieße ich sehr und möchte sie mit nach Hause nehmen. Hier habe ich durch ein gehörloses

Umfeld gelernt, dass es mir in manchen Situationen hilft, die Gebärdensprache als Kommunikationsmittel zu benutzen. Ich finde es schön, dass auch die hörenden Betreuer*innen die norwegische Gebärdensprache lernen und so ein Umfeld entsteht, in welchem alle gleichberechtigt miteinander sprechen können. Dieser Ort ist ein guter Anfang. Inklusiv wäre es erst, wenn gehörlose Menschen, egal wo sie sind, kommunizieren können. Momentan sind sie gezwungen, wenn sie ihren Alltag auf Gebärdensprache führen möchten, an Orte zu gehen, wo viele die Gebärdensprache kennen.

Einbahnstraße »Anpassen«

Dadurch, dass sich aktuell viele Systeme unserer Gesellschaft (Schule, Freizeitangebote, Arbeitsmarkt, Universitäten …) nicht an die Menschen anpassen, bestimmen in ganzen Lebensbereichen exkludierende Einrichtungen ihren Weg.

Ich kenne das: Dieses fremdbestimmte Sich-Anpassen-Müssen ist sehr anstrengend. Hören ist für mich immer anstrengend. Seitdem ich denken kann, habe ich Hörhilfen und meine Familie spricht Lautsprache mit mir, deswegen sage ich: »Ich bin hörend aufgewachsen.« Daher habe ich nie die Deutsche Gebärdensprache intensiv gelernt und kann nur die Basics. Um mir den Alltag zu erleichtern, benutze ich in bestimmten Situationen ein Mikrofon, das das Gesprochene direkt in meine Geräte überträgt, oder fordere meine Mitmenschen dazu auf, nicht zu nuscheln und in ein ruhiges Umfeld zu gehen, um Störgeräusche zu vermeiden. Das klappt nicht immer. Ich verstehe sehr gut, dass man sich ein Umfeld wünscht, für das Gehörlosigkeit und eine Behinderung nichts Neues ist.

Hohe Ideale und ernüchternde Praxis

Seit 2009 gilt in Deutschland die UN-Behindertenrechtskonvention, die besagt, dass exkludierende Systeme und Barrieren Schritt für Schritt abgebaut werden müssen. Demgegenüber sieht die Realität noch immer ganz anders aus: Ich finde es erschreckend, dass es viele Menschen gibt, die noch nie wirklichen Kontakt zu Menschen mit Behinderung hatten. Hattest du schon mal Berührung mit Menschen mit Behinderung?

Ich bin der festen Überzeugung, dass man durch Begegnungen und Gespräche Barrieren und Ängste abbauen kann. In meiner Grundschule war das Konzept weitgehend inklusiv. Hörende und schwerhörige Kinder haben zusammen an einer Förderschule gelernt. Dies war optimal für mich. Leider gab es dieses Konzept in der weiterführenden Schule nicht mehr.

Behindertenwerkstätten sind meistens exkludierend. Aktuell arbeite ich auch hier in Behindertenwerkstätten. Mir fällt es schwer, mich mit diesem Dilemma auseinanderzusetzen. Einerseits sehe ich, dass Menschen mit Behinderung auf solche Einrichtungen angewiesen sind, weil es kaum inklusive Angebote gibt. Andererseits möchte ich inklusive Angebote fördern und mich damit beschäftigen, wie man es besser machen kann und was ich mir selber gewünscht hätte. Ich und viele Menschen mit Behinderung müssen sich solchen Fragen und Dilemmata täglich stellen. Hast du dir schon mal solche Fragen stellen müssen? Dabei geht diese Aufgabe die gesamte Gesellschaft an. Denn nur gemeinsam kann Inklusion – richtig verstanden – gelingen. Sie ist nicht nur Sache der Betroffenen oder weniger Engagierter und Pilotprojekte.

Jeder Mensch ist individuell: Inklusion für alle

Ganz klar für mich ist, dass es wichtig ist, Begegnungsräume zu schaffen und Menschen mit Behinderung nicht mit den Barrieren alleine zu lassen. Es ist unverzichtbar, Exklusion und Integration als gesellschaftliches Problem zu sehen, dass wir alle uns als Teil von Inklusion betrachten und uns selbst zu fragen: Wie kann ich die Barrieren kleiner machen? In meinem Fall wäre es zum Beispiel, bewusst darauf zu achten, dass das Mikrofon verwendet wird, oder wenn ich etwas nicht verstehe, ohne genervtes Stöhnen den Satz zu wiederholen.

Vielleicht ist Inklusion nicht nur das Einbinden von Menschen mit Behinderungen und Minderheiten, sondern auch das Inkludieren von jedem und jeder. Jeder Mensch ist individuell und hat eigene Bedürfnisse und einen eigenen Unterstützungsbedarf. Deswegen profitieren letztlich alle von Inklusion.

Finia Eva Auguste Dührkoop leistete 2025/2026 ihren *ASF*-Freiwilligendienst bei der Stiftung SIGNO in Andebu, Norwegen, der im Rahmen des Internationalen Jugendfreiwilligendienst (IJFD) und von der Evangelischen Kirche im Rheinland gefördert wurde.



Laura aus Bild Vilbel ist seit September Freiwillige in einem Kindergarten der Stiftung Betania in Alta, im Norden Norwegens.

Freiwillige ein Jahr begleiten,
Engagement ermöglichen

Jetzt eine Patenschaft übernehmen!

www.asf-ev.de/freiwilligenpatenschaft

Selbstbestimmung im Ausnahmezustand

Wie lässt sich ein selbstbestimmtes Leben führen, wenn bei Raketenalarm nur wenige Sekunden bleiben und der nächste Schutzraum nicht barrierefrei ist? **Rotem Ashad-Lavi** von der *ASF*-Partnerorganisation Kivunim über Behinderung, Krieg und die Kraft, trotzdem zu handeln.

ASF-zeichen: **Rotem, wenn du jemandem in wenigen Sätzen erklären müsstest, worum es bei Kivunim geht – was würdest du sagen?**

Rotem Ashad-Lavi: Kivunim hat die Vision, eine gerechtere Gesellschaft für Menschen mit Behinderungen in Israel zu schaffen. Es geht uns dabei nicht nur um Rechte oder Barrierefreiheit. Denn selbst wenn all diese Dinge geregelt wären, müssten junge Menschen trotzdem lernen, wie man selbstständig lebt: wie man Entscheidungen trifft, wie man wohnt, arbeitet, Beziehungen führt. Genau dort setzt Kivunim an.

Wie sieht eure Arbeit im Alltag konkret aus?

Das Herzstück unserer Arbeit ist das Mechina-Programm. Junge Erwachsene zwischen 18 und 30 Jahren verlassen oft zum ersten Mal ihr Elternhaus und ziehen für zwei bis drei Jahre in Wohngemeinschaften mit Gleichaltrigen. Dort lernen sie Schritt für Schritt, was sie brauchen, um später als Erwachsene möglichst unabhängig in der Gemeinschaft zu leben.

Ihr arbeitet mit sehr unterschiedlichen Menschen. Wer kommt zu euch?

Wir arbeiten in Nahariya, Haifa und Herzliya mit jungen Menschen mit körperlichen Behinderungen, Menschen im Autismus-Spektrum sowie gehörlosen und schwerhörigen Menschen. Natürlich arbeiten wir sowohl mit der jüdischen als auch mit der arabischen Gemeinschaft zusammen und bauen Programme für Gruppen auf, die bisher oft zu wenig erreicht wurden, etwa ultraorthodoxe junge Frauen mit körperlichen Behinderungen. Insgesamt erreichen wir etwa 400 bis 450 Teilnehmende pro Jahr.

Seit dem 7. Oktober 2023 befindet sich Israel im Kriegszustand …

… am Anfang war es ein Schock. Viele Teilnehmer*innen gingen zunächst zurück in ihre Elternhäuser, aber merkten schnell, dass das auf Dauer nicht gut ist. Sie hatten sich über Jahre Selbstständigkeit aufgebaut und wollten diese nicht verlieren, nur weil Krieg ist. Die größte Herausforderung war die Sicherheit. In Städten wie Nahariya hat man bei Raketenalarm meist nur 15 Sekunden, um einen Schutzraum zu erreichen. Für jemanden mit körperlicher Behinderung ist das praktisch unmöglich. Deshalb haben wir innerhalb weniger Monate entweder Wohnungen gewechselt oder in den bestehenden Wohnungen einen eigenen Schutzraum, einen Mamad, eingerichtet.

Viele Menschen würden wahrscheinlich denken: Im Krieg ist das Wichtigste der Schutz. Du betonst aber auch sehr stark Selbstbestimmung. Warum?

Weil Schutz nicht nur körperlicher Schutz ist. Natürlich müssen wir Menschen schützen. Aber wenn wir ihnen jede Entscheidung abnehmen, verlieren sie etwas sehr Wichtiges: das Gefühl, handlungsfähig zu sein. Ein Beispiel: Was tun, wenn ein junger Mensch trotz der Sicherheitslage zur Arbeit gehen will? Bei Raketenalarm ist es draußen gefährlicher als zu Hause. Und trotzdem ist es seine Arbeit, sein Alltag, seine Identität. Denn arbeiten zu gehen – das gibt ebenfalls Sicherheit. Emotionale Sicherheit. Kivunim vertritt deshalb den Ansatz: Autonomie bleibt Autonomie, auch in einer Krise. Wir bereiten die Person vor. Wir erklären, was bei einem Alarm zu tun ist. Wir bitten sie, mit uns im Kontakt zu bleiben.

Gleichzeitig ist der Krieg für Menschen mit Behinderungen enorm herausfordernd.

Ja, das beginnt bereits mit den Schutzräumen. Viele davon sind nicht barrierefrei, weil sie etwa unterirdisch liegen ohne Treppen oder mit zu schmalen Türen für Rollstühle. Barrierefreiheit entsteht nicht zufällig, man muss Schutzräume von vornherein so planen.

Gibt es noch andere Hürden, an die Menschen ohne Behinderung in solchen Situationen oft gar nicht denken?

Ein gehörloser Mensch hört zum Beispiel nachts keine Sirene. Es gibt eine App des Heimatfront-Kommandos, die bei Raketenalarm nicht nur ein lautes Signal von sich gibt, sondern auch blinkt und vibriert. Aber sie weckt nicht unbedingt jemanden aus dem Schlaf. In einem unserer Programme schliefen die Teilnehmenden deshalb gemeinsam im Schutzraum.

Vor einigen Jahren habt ihr das Smadar-Institut gegründet, das Psychotherapie für Menschen mit Behinderungen und ihre Familien anbietet …

… weil Menschen mit Behinderungen therapeutische Angebote brauchen, die wirklich zu ihnen passen, in einer Sprache, in der man sich ausdrücken kann. Es gibt nicht viele Therapeut*innen, die Gebärdensprache können. Außerdem muss die Lebenserfahrung von Behinderung im therapeutischen Raum vorkommen dürfen. Menschen mit Behinderungen haben ähnliche Themen wie andere Menschen, aber sie haben auch andere Erfahrungen.

Die israelische Gesellschaft ist stark geprägt von Leistung, Militärdienst, Durchhalten und Funktionieren. Wie wirkt das auf Menschen, die diesen Erwartungen nicht entsprechen können oder wollen?

Interessanterweise ist das Bild etwas komplexer. Natürlich haben wir Teilnehmende, die große Angst haben, das Haus kaum verlassen oder mit geschlossener Schutzraumtür schlafen. Aber manchmal entstehen auch Chancen: In Phasen, in denen viele Menschen im Reservedienst waren und Arbeitskräfte fehlten, fanden einige unserer Teilnehmenden leichter Arbeit, zum Beispiel beim Einräumen von Regalen im Supermarkt. Und mir fällt noch ein anderes Beispiel ein: Kurz nach Ausbruch des Krieges erhielten wir von einer pleitegegangenen Spielwarenhandlung eine große Spende an Spielzeug. Mit so viel Spielzeug konnten wir selbst gar nichts anfangen. Wir beschlossen, die Spiele zu sortieren und an verschiedene Schutzräume im Norden des Landes verschicken, wo Kinder oft stundenlang bleiben mussten. Unsere Teilnehmer*innen waren in diesem Moment nicht nur Menschen, die Hilfe brauchen. Sie konnten etwas geben. Darum fragen wir heute nicht mehr: Wie überstehen wir diese Phase? Stattdessen überlegen wir: Wie lernen wir, mit Unsicherheit zu leben? Denn wir wissen nicht, wann die nächste Krise kommt.

Kivunim arbeitet in einer Gesellschaft mit vielen Sprachen, Religionen …

… Kivunim ist eine Möglichkeit, aus der eigenen Blase herauszukommen. Behinderung schafft manchmal einen gemeinsamen Raum, der Sprache, Kultur, Religion, Geschlecht oder soziale Herkunft überschreitet. Aber während des Krieges ist es auch bei uns schwieriger geworden. Auch bei uns hören wir heute mehr rassistische Äußerungen, besonders gegenüber Araber*innen. Manchmal versteht ein*e Teilnehmer*in nicht, dass ein Satz wie »Tod den Arabern« auch seine Nebensitzerin oder den arabischen Mitarbeiter trifft. Wir versuchen, dem aktiv zu begegnen. Wir wollen gemeinsame Räume schaffen, in denen Kulturen sichtbar werden und Menschen einander begegnen.

Ein besonderer Bereich eurer Arbeit betrifft Menschen mit Behinderungen, die auch LGBTIQ* sind. Warum braucht es hier eigene Angebote?

Weil viele Menschen doppelt ausgeschlossen werden. In der LGBTIQ*-Community werden Menschen mit Behinderungen oft nicht wirklich gesehen. Und in Gruppen von Menschen mit Behinderungen werden queere Identitäten nicht immer akzeptiert. Gerade der Auszug aus dem Elternhaus ist oft auch ein Moment, in dem Identitätsfragen stärker werden. Wer bin ich? Wie will ich leben? Gerade Menschen im Autismus-Spektrum stellen sich in dieser Phase häufig Fragen rund um die eigene Geschlechtsidentität. Deshalb haben wir gemeinsam mit Organisationen aus der queeren Community spezielle Angebote entwickelt.

Ich denke an einen jungen Mann aus einer ultraorthodoxen Familie. Als er zu uns kam, hatte er bereits begonnen, religiös einen anderen Weg zu gehen. Später merkte er auch, dass er schwul ist. Seine Familie musste ihn gewissermaßen dreimal neu annehmen: als Kind im Autismus-Spektrum, als säkular gewordenen Sohn und als schwulen Mann. Das war ein langer Prozess. Heute studiert er in Haifa und baut sich sein Leben auf.

Wenn die Leser*innen nur eine Botschaft aus diesem Gespräch mitnehmen sollen, welche wäre das?

Die israelische Gesellschaft braucht den Kontakt zu Menschen von außen und für unsere Teilnehmenden ist der Kontakt zu den *ASF*-Freiwilligen heute vielleicht wichtiger denn je. Sie sind keine Autoritätspersonen, sondern begegnen ihnen auf Augenhöhe und werden ihre Freund*innen. Für viele unserer Jugendlichen ist es das erste Mal, dass sie eine tiefe Verbindung zu jemandem aufbauen, der nicht aus Israel kommt. Und für die *ASF*-Freiwilligen ist es eine Möglichkeit, die israelische Gesellschaft kennenzulernen. Nicht nur das Bild aus Medien oder Politik. Unter diesen Schichten gibt es sehr viele gute und engagierte Menschen, die wollen, dass Israel ein guter Ort wird. Diese Brücken zwischen den Ländern sind heute wichtiger denn je.

Das Interview führte **Uriel Kashi,** *ASF*-Landesbeauftragter und Leiter des *Beit Ben-Yehuda* in Israel.

Rotem Ashad-Lavi ist Geschäftsführerin von Kivunim.

Mitentscheidend für den Wiederaufbau der ganzen Gesellschaft

Anna Popovych über die Situation ukrainischer Kriegsveteran*innen mit Behinderung und ihre Bedeutung für die Zukunft der Ukraine

ASF-zeichen: **Ukrainischen Kriegsveteran*innen mit Behinderung – wie viele Menschen betrifft das? Und wie viele Frauen sind darunter?**

Anna Popovych: Im Juli 2026 waren in der Ukraine anderthalb Millionen Kriegsteilnehmer*innen erfasst, von denen fast 170.000 eine kriegsbedingte Behinderung haben. Öffentlich ist nicht bekannt, wie viele Frauen darunter sind. Laut Verteidigungsministerium standen im März 2026 mehr als 70.000 Frauen bei den ukrainischen Streitkräften unter Vertrag – etwa zwanzig Prozent aller Armeeangehörigen; davon waren mehr als 20.000 bei Kampfeinsätzen involviert, bis zu 5.500 direkt an der Front. Es wird geschätzt, dass mehrere Tausend Veteraninnen eine kriegsbedingte Behinderung haben.

Wie aussagekräftig sind diese Zahlen?

Man sollte sich darüber im Klaren sein, dass die veröffentlichten Zahlen die tatsächliche Lage nicht komplett widerspiegeln. Soldaten, die sich in Langzeitbehandlung befinden oder in der bürokratischen Warteschleife hängen, werden in der Statistik nicht berücksichtigt. Zudem ist eine kriegsbedingte Behinderung oft nicht sichtbar, beispielsweise infolge einer Gehirnerschütterung oder der enormen psychischen Belastung. Menschen mit Fronterfahrung werden generell mit Verdacht auf eine traumatische Hirnverletzung untersucht und als Kriegsfolge machen sich Hörverlust und posttraumatische Belastungsstörungen bemerkbar. Da die Diagnose solcher Krankheitsbilder im Vergleich zu Amputationen mehr Zeit und Aufwand erfordert, tauchen sie erst viel später im staatlichen Register auf. Allein die Notwendigkeit, zusätzlich zu einem Online-Antrag persönlich im Zentrum für Verwaltungsdienstleistungen vorstellig zu werden, kann für Menschen mit Sehbeeinträchtigungen, eingeschränkter Funktionsfähigkeit der Gliedmaßen oder Mobilitätseinschränkungen ein großes Hindernis darstellen.

Wie ist die soziale Lage von Kriegsveteran*innen mit Behinderung?

Verwundete Soldaten werden kostenlos medizinisch behandelt, einschließlich Prothesen und Rehamaßnahmen. In diesem Zeitraum erhalten sie nach der jüngsten Anhebung monatlich 170.000 Hrywnja, rund 3.300 Euro. Das erscheint bei einem durchschnittlichen Gehalt in Kyjiw von 20.000 bis 25.000 Hrywnja durchaus beeindruckend. Nach Abschluss der Behandlung und der Anerkennung ihres Status erhalten Veteran*innen eine einmalige Zahlung. Die Summe variiert je nach Einstufung, der Mittelwert liegt bei rund 19.500 Euro. Außerdem gibt es Renten- und Prämienzahlungen und ein umfangreiches Sozialpaket. Dieses steht sowohl den Veteran*innen als auch ihren Angehörigen zu und umfasst alles von der Gesundheitsversorgung bis hin zu Wohnraum und den unterschiedlichsten Vergünstigungen bei Steuern, Nahverkehr, Baukrediten, Medikamenten.

Wie stehen die Kriegsveteran*innen zu dieser umfangreichen Unterstützung?

In meinen Forschungsinterviews haben viele dazu eine neutrale Haltung. Ihre Erfahrungen im Umgang mit den zuständigen Stellen fallen jedoch unterschiedlich aus und auch ihr Wissen über die ihnen zustehenden Leistungen. Laut einiger Armeeangehöriger hegt die Führung das Interesse, Soldat*innen aus gesundheitlichen Gründen so schnell wie möglich aus dem Dienst zu entlassen, um die erheblichen Behandlungskosten zu vermeiden. Dies kann sich auf die Dauer und die Qualität der Rehabilitation auswirken. Häufig fällt der Satz: »Es hängt alles von der zuständigen Brigade ab.«

Oft sieht man Fotos, auf denen Veteran*innen mit amputierten Gliedmaßen abgebildet sind, die hochmoderne Prothesen tragen. Inwieweit entspricht dieses Bild der Realität?

Das ist zwar keine Inszenierung, spiegelt aber nicht den Alltag der meisten Veteran*innen wider. In der Ukraine sind seit Beginn des vollumfänglichen Krieges moderne Rehabilitationszentren entstanden, die nicht einfach nur Prothesen anlegen, sondern ein komplexes Versorgungssystem bilden, indem sie chirurgische Eingriffe, Physiotherapie, Psychotherapie und die Adaption an die neuen Lebensumstände kombinieren. Solche Zentren arbeiten mit weltweit führenden Unternehmen zusammen, auch aus Deutschland. Sie bilden auch ukrainische Fachkräfte in Europa und Nordamerika aus, so dass die Qualifikation lokaler Teams rasant ansteigt. Ein mir bekannter Rehabilitationsmediziner merkte an, die Ukrainer*innen seien mittlerweile selbst in der Lage, den Westen zu schulen …

… warum ist das nicht überall so?

Hochmoderne Prothesen sind sehr kostspielig. Staatliche Zuschüsse decken eine hochwertige Grundversorgung ab, doch für die teuersten Lösungen reicht das Budget nicht. Solche Prothesen erhalten vor allem diejenigen, die selbst Spenden akquirieren. Der Weg von der Amputation bis zum Erhalt einer Prothese führt über lange Wartelisten und die modernen Prothesenzentren liegen überwiegend in Großstädten und im Westen des Landes. Dabei ist jede Prothese ein komplexes mechanisches System, das angepasst und gewartet werden muss. Für Betroffene in einer Kleinstadt gerät da ein Defekt zum logistischen Problem.

Ist der Staat zu dieser Rehabilitation in der Lage, während der Krieg in vollem Gange ist?

Die Ukraine hat ein neoliberales Wirtschaftsmodell, der größte Teil seiner postsowjetischen Geschichte ist von sozioökonomischem Zerfall geprägt. Das notorisch unterfinanzierte staatliche Gesundheitswesen ist während des Krieges extrem überlastet. Daher spielen gemeinnützige Initiativen eine entscheidende Rolle, unter anderem, weil sie internationale Ressourcen mobilisieren. Der Staat hingegen übernimmt eher grundlegende Aufgaben und Kosten, insbesondere auch Projekte mit internationaler Beteiligung.

Wie ist die Einstellung gegenüber Kriegsveteranen mit Behinderung in der Gesellschaft?

Trotz des im öffentlichen Diskurs gebotenen Respekts sehen sich Veteran*innen mit eingeschränkter Barrierefreiheit konfrontiert und ihre Behinderung und Traumata werden zu wenig beachtet. Zwar lernt das lokale Umfeld dazu, doch auf Landesebene wird die Inklusion durch strukturelle Hindernisse wie mangelnde Finanzierung und Qualifikation sowie durch den Unwillen der Institutionen gebremst. Ein anschauliches Beispiel ist ein Vorfall aus dem Jahr 2025, als einem Veteranen mit amputierten Gliedmaßen Bankdienstleistungen verweigert wurden, weil strenge Verifizierungsprotokolle die physische Unmöglichkeit, eine Bankkarte selbstständig zu halten, nicht vorsehen. In der Ukraine erleben Veteran*innen oft, dass sie »angestarrt« werden. Menschen in ihrer Umgebung neigen zu Extremen: Entweder legen sie übertriebene Fürsorge an den Tag oder tun so, als würden sie die Person nicht bemerken, anstatt sie ruhig, respektvoll und gleichberechtigt zu behandeln.

Welche Probleme bleiben ungelöst?

Ein aktueller UN-Bericht prognostiziert, dass die Zahl an kriegsverletzten Veteran*innen und ihrer Angehörigen in der Ukraine auf fünf bis sechs Millionen Menschen ansteigen wird. Wenn hier die Reha- und auch psychologischen Ressourcen nicht aufwachsen, drohen etwa ein Anstieg bei Schmerzmittelabhängigkeiten und der Suizidrate. Schon heute kann jede*r zweite Kriegsversehrte nicht an den früheren Arbeitsplatz zurückkehren. Es braucht umfassende Ansätze für eine berufliche Integration. Darüber hinaus benötigen wir eine systematischere Auseinandersetzung mit den geschlechtsspezifischen Aspekten der Kampferfahrung und der posttraumatischen Verarbeitung.

Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe?

Entscheidend ist, ob die ukrainische Gesellschaft begreift, was die Anthropologinnen Sarah Hautzinger und Jean Scandlyn in ihrem Buch »Beyond Post-Traumatic Stress« darlegen: Kriegstraumata haben eine tiefe soziale Dimension. Wir neigen aber dazu, den Krieg als Summe individueller Probleme zu interpretieren und nicht als gemeinsame offene Wunde. Es ist aber vielmehr so, dass die Wiedereingliederung der Kriegsveteran*innen für den gemeinsamen Wiederaufbau dieser Gesellschaft von entscheidender Bedeutung ist.

Anna Popovych promoviert an der University of Wisconsin, Madison. Sie befasst sie sich unter anderem mit der kulturellen Dimension der Geburtenrate und Migration in Kriegszeiten am Beispiel der Ukraine und mit der Prothesenversorgung von Kriegsveteran*innen.

Ute Weinmann hat bis 2022 *ASF*-Freiwillige in Russland begleitet und führte das Interview.

Hilfe für die vulnerabelsten Gruppen im Krieg

Medikamente, Hygienemittel, Energietechnik und Kindergeschenke. Wieder ging ein Hilfstransport vom BerlinOdessaExpress mit Unterstützung von ASF und Apotheker ohne Grenzen nach Odesa. Die Güter kommen zwei Krankenhäusern, Familienzentren sowie NS-Überlebenden zu Gute – und damit den schwächsten Gruppen im Krieg. Die immer häufigeren Angriffe treffen sie besonders stark.

Matteo Schürenberg

Der BerlinOdessaExpress ist eine private Hilfsinitiative, die unmittelbar nach Russlands Invasion 2022 gegründet wurde, auch von ehemaligen Freiwilligen und Mitarbeitenden von *ASF*. Sie sammelt, finanziert und organisiert humanitäre Transporte. Schwerpunkt der Lieferungen sind Medikamente, medizinische Ausrüstung und Hygienemittel sowie Energietechnik. Diese Güter kommen den Schwächsten im Krieg zu Gute.

Denn die immer häufigeren Angriffe, denen die ukrainischen Städte aufgrund fehlender Luftabwehr weitgehend schutzlos ausgeliefert sind, werden durch technische Innovationen von Russland immer gezielter ausgeführt. Sie treffen regelmäßig Wohnviertel, Versorgungssysteme wie auch Krankenhäuser, Schulen und den öffentlichen Verkehr. Diese Angriffe treffen die gesamte Zivilbevölkerung, ihre Auswirkungen sind jedoch für vulnerable Gruppen wie Kinder und Ältere, Kranke oder Menschen mit Behinderung besonders gravierend, etwa wenn Drohnenschwärme nach einer ohnehin schon schlaflosen Nacht gezielt zum morgendlichen Berufsverkehr angreifen und die Menschen auf dem Weg zur Arbeit oder Schule gefährden.

In den Gesprächen hörte das Team des BerlinOdessaExpress, dass viele Menschen versuchen, möglichst stoisch auf diese andauernde Drohkulisse zu reagieren und eigene Routinen dagegen zu entwickeln. Doch zugleich nagen die Unsicherheit und der dauernde Schlafmangel an den Menschen. Alle, die nicht gut zu Fuß sind oder etwa Mütter mit Kleinkindern, die in einem der hohen Plattenbauten leben, sind existenziell auf den Fahrstuhl angewiesen. Wenn überhaupt eine Luftwarnung erfolgt, ist die verbleibende Zeit viel zu gering, um rechtzeitig in die Schutzräume zu gelangen. Und: Auch im kommenden Winter drohen wieder Strom und Wasser über Wochen lang auszufallen. Auf dem Land wiederum sind gerade ältere Menschen, die oft alleinstehend mit sehr geringen Renten auskommen müssen, von den gestiegenen Preisen und der schwierigeren Versorgungssituation betroffen. In den frontnahen Gebieten sind es zugleich sie, die oft als letzte noch auf ihrem Hof bei den Tieren und dem Garten, von dem sie weitgehend leben, ausharren.

Umso wichtiger wird in dieser nun schon jahrelangen Krisensituation der soziale Kitt. Gerade weil der Staat an vielen Stellen überfordert ist, springen Initiativen der Zivilgesellschaft ein: Auch die Partnerorganisationen des BerlinOdessaExpress wie Winds of Change, Be An Angel oder Mission Lifeline. Zusammen mit diesen Akteuren analysiert der BerlinOdessaExpress den Bedarf und organisiert den Transport und die Weiterverteilung der Güter.

Auch dem letzten Transport im Juli gingen wieder mehrere Monate der Planung und Organisation voraus. Mit verschiedenen ukrainischen Partnerorganisation wurde der konkrete Hilfsbedarf abgestimmt. In Zusammenarbeit mit Apotheker ohne Grenzen konnten dann in größerem Umfang Medikamente für zwei Kliniken in Odesa beschafft werden, mit denen seit nun schon mehreren Jahren eine Kooperation besteht: ein psychiatrisches Krankenhaus sowie eine Kinderklinik. Die Lieferung umfasste vor allem Mittel für chronische Erkrankungen wie Diabetes und Bluthochdruck sowie Beruhigungsmittel und Psychopharmaka.

Mangel an Medikamenten, verbesserte Zusammenarbeit und Therapie

Vor Ort übergab das Fahrerteam, bei dem erstmals auch ein Mitarbeiter von Apotheker ohne Grenzen beteiligt war, die Medikamente und führte längere Gespräche mit mehreren Mediziner*innen. Im fünften Kriegsjahr arbeitet das Gesundheitswesen unter großen Belastungen. Einerseits gibt es mehr und



Bei der Übergabe von Medikamenten an einem Krankenhaus in Odesa.

schwerere Fälle, während zugleich Personal, Betten und andere Ressourcen besonders knapp sind. Hinzu kommen die täglichen Angriffe, die immer wieder auch auf Krankenhäuser abzielen und in einem besonders zynischen Kalkül bei Zweitschlägen und nahe der Front durch Drohnenschläge das Rettungspersonal treffen sollen.

Mangelware sind dabei verschiedene Medikamentengruppen, Medizintechnik, aber auch Verbrauchsmaterial wie Verbände und Hygienemittel. Für eine Kinderklinik sowie verschiedene Familienzentren und drei Sozialverbände, die NS-Überlebende in Odesa, Perejaslaw und Sdolbuniv unterstützen, schickten wir größere Mengen an Windeln, Bettauflagen, Feuchttücher, Milchpulver, zudem Verbandsmaterial. Alles wird in der Kriegslage gebraucht: Neben den direkten Kriegsverletzungen gilt es auch alle anderen Patient*innen und menschlichen Bedürfnisse zu versorgen: Windeln und Babynahrung, Inkontinenz-Einlagen für ältere Menschgen und Mittel gegen chronische Erkrankungen.

Die Psychiater*innen berichteten bei unserem Besuch in der Psychiatrie, wie entscheidend die gezielte Behandlung und eine möglichst rasche medikamentöse Einstellung und eine anschließende ambulante Behandlung und Begleitung seien, um den vielen Fällen gerecht zu werden. Die Traumatisierung durch die steten Luftangriffe, aber auch die allgemeine Belastungssituation mit dauerndem Schlagmangel und der vielfachen Belastungen kann jedoch nicht nur psychiatrisch aufgefangen werden. Psychosoziale Unterstützung wie durch die Beratungs- und Therapieangebote der Partnerorganisation Winds of Change setzen früher und breiter an, um den vulnerabelsten Gruppen im Krieg zu helfen.

Direkt und umfassend: Psychosoziale Hilfe von Winds of Change

Die NGO unterhält mehrere Sozialzentren, die Bildung, Kinderbetreuung, Berufsberatung und Therapie (individuell wie für Gruppen) verbinden. Gerade für Familien in Ausnahmesituationen ist diese kombinierte Unterstützung so wichtig, etwa wenn sie vor den Frontkämpfen aus den östlichen Regionen wie Cherson flüchten müssen und mit so gut wie nichts in Odesa ankommen oder für die wachsende Zahl an Betroffenen der nahezu täglichen Luftangriffe auf die Stadt, die immer schwerer werden. Wenn von einem auf den anderen Tag eine Familie ohne Wohnung dasteht, hilft Winds of Change direkt und umfassend: Mobile Teams fahren tags wie nachts zu den Angriffsorten und helfen unmittelbar seelsorgerisch, aber auch ganz praktisch: von der Notunterbringung, Kleidung und Power Banks bis hin zu Nothilfeanträgen.

Mit dem Transport gingen an sie verschiedene Güter wie Power Stations mit Solarpanlen, IT-Technik, aber auch Geschenke, Bildungs- und Bastelmaterialien. Diese größeren und kleineren Dinge sind mehr als nur eine materielle Unterstützung, sie zeigen unseren Partner*innen und den unterstützen Menschen, dass es weiter eine Verbindung und Solidarität aus Europa gibt.

Neben vielen privaten Spenden unterstützten Apotheker ohne Grenzen und *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste* den Transport finanziell. Aktuell sammelt die Initiative wieder Spenden für die kommenden Transporte im anstehenden Winter.

Mehr Informationen: **www.berlinodessaexpress.de**

Eigentlich eher eine Selbsthilfegruppe?

Seit 20 Jahren engagieren sich Menschen mit und ohne Behinderung für menschenwürdige Teilhabe und Freizeiten in Belarus, darunter viele ASF-Freiwillige.

Lisa Hohmeier

»Eigentlich sind wir eher eine Selbsthilfegruppe«, sagt Evelyn Funk und lacht. So sei zumindest in der Gründungsriege unseres Vereins Kanikuli, zu der Evelyn gehört, gescherzt worden. Wir treffen uns online im Juli 2026, um diesen Text zu verfassen, anlässlich des 20-jährigen Vereinsjubiläums von Kanikuli. Mit dabei ist Johanna Blum. Wir drei waren, je in unterschiedlichen Generationen, jahrelang im Vereinsvorstand aktiv. Johanna konkretisiert, was das heißen soll, mit der Selbsthilfegruppe: »Im Prinzip verbindet uns alle eine konkrete Erfahrung«. Die meisten Vereinsmitglieder haben als *ASF*-Freiwillige in Belarus im staatlichen Heim Nr. 3 für Kinder mit Behinderung im Minsker Stadtteil Novinki gearbeitet und wurden dort mit einer desaströsen Versorgungssituation konfrontiert. An allem habe es in dem Heim gemangelt: an qualifiziertem Personal, an Fachwissen, an Entwicklungsförderung und an Empathie. Johanna erzählt, wie den Kindern, die nicht selbst essen konnten, die Mahlzeit grob eingeflößt wurde, Vor- und Hauptspeise zusammen in einer Schale püriert.

Aus dem Wunsch heraus, hier tätig zu werden, etwas zum Positiven zu verändern, organisierten deutsche Minsk-Freiwillige im Rahmen ihres Freiwilligendienstes Ende der 1990er-Jahre erstmals Ferienfreizeiten. Das rehabilitationspädagogische Programm für Kinder und Erwachsene mit Behinderungen bot den Teilnehmenden eine Abwechslung zum tristen Alltag in der Einrichtung. Die Freizeiten wurden durchgeführt von deutschen und belarusischen Freiwilligen sowie Mitarbeitenden aus den Heimen, die ehrenamtlich in ihrem Urlaub mitfuhren. Die Finanzierung lief über private Spenden aus Deutschland. Nach einigen Jahren gründeten wir 2006 als stabilere Organisationsform für diese Freizeiten den Verein Kanikuli e.V., was auf Russisch »Ferien« bedeutet.

Eine Freizeit vom desaströsen Alltag

In Belarus war und ist die Situation für Menschen mit Behinderung prekär. Es gibt wenig Unterstützungsangebote für Eltern von Kindern mit Behinderung, weshalb viele der Kinder in einem staatlichen Heim aufwachsen. Im Erwachsenenalter kommen die meisten der Betroffenen in ein Heim für Volljährige. Knapp 20.000 Menschen mit Behinderungen und mit »dauerhaften« psychischen Erkrankungen leben in staatlichen Heimen. Menschen mit Behinderung verlieren in Belarus mit Eintritt in ein Heim ihre Geschäfts- und Handlungsfähigkeit. Das Personal, das für die tägliche Versorgung der Bewohnenden zuständig ist, hat keine entsprechende Ausbildung und wird schlecht bezahlt. Psycholog*innen und Therapeut*innen sind rar, eine individuelle Förderung und Entfaltung der Bewohnenden ist nicht gewährleistet.

Novinki liegt am Minsker Stadtrand, hier befinden sich sowohl ein Kinder- als auch ein Erwachsenenheim. Johanna leitet mir einen Artikel aus dem *zeichen 01/2010* weiter. Die *ASF*-Mitarbeiterin Ute Weinmann schreibt über die Historie des Ortes. Schon zu Sowjetzeiten wurde hier eine sogenannte psychiatrische Kolonie errichtet, die 1944 zum psychiatrischen Krankenhaus wurde. Was ich aus dem Artikel noch lerne: Der Ort Novinki ist eng mit der Umsetzung des NS-»Euthanasie«-Programms verknüpft. Hier ereigneten sich mehrere Mordaktionen der deutschen Besatzungstruppen an den Patient*innen. 1941 wurden 120 Kranke unter Anwendung von Giftgas im Badehäuschen von Novinki ermordet. Diese NS-Krankenmorde im östlichen Europa finden bis heute noch weniger Beachtung als die T4-Morde im Deutschen Reich und den Widerstand, den es dort aus Kirchenkreisen gab. Auch vor diesem Hintergrund gründeten 2006 ehemalige *ASF*-Freiwillige unseren Verein.

Mit den Jahren konnte Kanikuli seine Arbeit auf mehrere integrative Projekte ausweiten. Zu Hochzeiten fanden jährlich bis zu sechs Freizeiten für unterschiedliche Zielgruppen statt: Winterfreizeiten gegen die dunklen Tage, Freizeiten für schwer mehrfachbehinderte Kinder mit besonders intensivem Betreuungsbedarf und Freizeiten mit theater- und kunstpädagogischem Schwerpunkt. Während Wochenendausflügen aufs Dorf oder bei Stadtfreizeiten konnten Teilnehmende sich zudem in Selbstversorgung üben und erlangten so mehr Autonomie im Alltag.

Auf die Zivilgesellschaft kommt es an

Bereits kurz nach Vereinsgründung stellte sich heraus, dass es darüber hinaus Projekte zur Stärkung der Zivilgesellschaft brauchte. Ab 2008 fanden regelmäßige Austausche zwischen Akteur*innen aus der Behindertenarbeit in Belarus und Deutschland statt. Kanikuli trat dabei insbesondere als Kulturmittlerin und Übersetzerin zwischen den verschiedenen Gruppen auf: Betroffene, Fachkräfte, Eltern und Organisationen. In Zusammenarbeit mit Projektpartner*innen können wir zudem seit vielen Jahren bis heute ein integratives Zeltlager mit bildungspädagogischem Programm, an dem Erwachsene mit und ohne Behinderung teilnehmen, realisieren.

2017 etablierte sich das Freiwilligenprojekt. Hier haben jährlich ein bis zwei belarusische Freiwillige, angelehnt an das deutsche Freiwillige Soziale Jahr, in mehreren Einrichtungen für Menschen mit Behinderung gearbeitet. Die Freiwilligen initiierten dort Angebote für die Bewohner*innen, begleiteten und planten die Ferienfreizeiten, leisteten Öffentlichkeitsarbeit und vernetzen sich mit NGOs.

Auch auf belarusischer Seite gibt es seit Jahrzenten zivilgesellschaftliche Bestrebungen, das Leben für Menschen mit Behinderung innerhalb und außerhalb der staatlichen Heime zu verbessern. Neben einem großen offiziellen Dachverband gab es vor allem bis 2020 mehrere Betroffenen- und Elterninitiativen sowie nichtstaatliche Organisationen. Sie leisteten Bildungsarbeit, unabhängige juristische Beratung für Betroffene und schufen inklusive Räume, die es sonst kaum gibt im Land.

2016 wurde die UN-Behindertenrechtskonvention in Belarus ratifiziert. Seitdem gibt es von staatlicher Seite die Absichtserklärung, die großen staatlichen Einrichtungen zu schließen. Projektpartner*innen erzählen uns jedoch, dass die Umsetzung halbherzig bleibe. Einzelne Menschen würden »ihre Mündigkeit wiedererlangen«, folglich aus dem Heimsystem herausfallen. Es fehle jedoch an Vorbereitung auf ein selbstständiges Leben, an geeignetem Wohnraum, sowie Maßnahmen zur Reintegration. Um diese Menschen flächendeckend zu unterstützen, bräuchte es ein anderes Verständnis von Inklusion und viel mehr Ressourcen, als aktuell zur Verfügung ständen.

Ich erinnere mich an meine erste Ferienfreizeit mit dem Verein 2017: Naturidylle am See, Spiel und Gesang für die Kinder, ausgelassene Stimmung. Ich erinnere mich auch daran, überfordert gewesen zu sein. Im Rahmen meines Freiwilligenjahres hatte ich nie in Novinki, sondern in der Geschichtswerkstatt auf dem Gelände des ehemaligen jüdischen Ghettos in Minsk gearbeitet und Überlebende der NS-Zwangsarbeit im Alltag unterstützt. Zurück in Deutschland bin ich Gesundheits- und Krankenpflegerin geworden. Ich wäre gerne noch einmal mitgefahren auf so eine Freizeit, mit mehr Fachlichkeit und Selbstbewusstsein. Doch dazu kam es nicht.

Das Jahr 2020 beschreibt mir Johanna als Zäsur. Aufgrund der COVID-19-Pandemie wurde Freiwilligen der Zutritt in die Heime verwehrt. Noch im selben Jahr brachen aufgrund der Wahlmanipulation Massenproteste in Belarus aus. Die Protestierenden und die gesamte Zivilgesellschaft erlitten massive Repression. Zahlreiche NGOs, darunter auch etablierte Organisationen, die Menschen mit Behinderung unterstützten, wurden zwangsweise aufgelöst. Nicht zuletzt der vollumfängliche Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, auch von belarusischem Territorium aus, hat zu einer zunehmenden Isolation des Landes beigetragen.

Viele der Projekte von Kanikuli sind mittlerweile bei unseren Partner*innen in Belarus angelegt. Ihnen gilt die große Leerstelle in diesem Text. Das sind Personen und Vereine, über deren unermüdliche und integre Arbeit wir als Verein gerne mehr berichten würden, es zu ihrem Schutz jedoch nicht tun. Die Zusammenarbeit mit ausländischen Akteuren wird in Belarus stark kriminalisiert.

Auch für Kanikuli ist es nicht klar, wie es in den nächsten Jahren weitergehen wird. Nachdem letztes Jahr wichtige Förderungen von Stiftungen ausgelaufen sind, konnten wir schon dieses Jahr nicht mehr alle Projekte wie gewohnt realisieren. Da seit 2020 vorerst keine *ASF*-Freiwilligen mehr nach Belarus entsandt werden, wächst keine kommende Generation von Mitgliedern mehr nach.

Was sicher ist: Diesen Oktober sind wir in Berlin zusammengekommen, um 20 Jahre Kanikuli zu feiern. Wir haben zurückgeblickt auf all die Jahre bewegender Momente und Begegnungen. Wir freuen uns noch immer darüber, welche Strukturen und Projekte weiterhin bestehen. Dass diese unersetzliche Arbeit weiter möglich ist, trotz aller Widrigkeiten.

Mehr Informationen über Kanikuli: **www.kanikuli-ev.de**

Lisa Hohmeier engagiert sich bei Kanikuli e. V. Sie leiste 2017/2018 einen *ASF*-Freiwilligendienst bei der NGO »Verständigung« in Minsk und unterstützte ehemalige NS-Zwangsarbeiter*innen.

Zusammen arbeiten, lernen und leben



Johanna in der Stiftung Synapsis

Warschau

Die Stiftung SYNAPSIS unterstützt seit 1990 Menschen mit Autismus und Asperger-Syndrom sowie ihre Familien. Die Einrichtung bietet Diagnose, Therapie, soziale Rehabilitation und berufliche Bildung. Es gibt ein Therapiezentrum, betreutes Wohnen und Werkstätten. Die *ASF*-Freiwillige Johanna unterstützte 2023 die Klient*innen im Alltag und in der Freizeit. Sie half im Unterricht und bei künstlerischen und handwerklichen Workshops.







50 Jahre ASF in St. Jean le Blanc: Ein Dorf voller Freiwilliger

Ein kleines Dorf, viele Freiwillige, eine Verbindung über Jahrzehnte hinweg. Das wurde diesen Sommer in der Normandie besonders eindrücklich gefeiert.

Lucie Wiersing und Maxim Janke

Seit 1976 leben und arbeiten deutsche *ASF*-Freiwillige in dem kleinen Dorf St. Jean le Blanc zwischen Feldern, Wiesen und Hecken im grünen Hinterland der Normandie in Frankreich. Anlässlich des 50. Geburtstags wurden alle ehemaligen Freiwilligen zu einer Jubiläumsfeier mit der Dorfgemeinschaft eingeladen. Es kamen viele jüngere und ältere Ehemalige und das halbe Dorf zusammen, um drei Tage lang diese besondere Verbindung zu feiern.

Das Projekt »St. Jean le Blanc – Les Volontaires au Bocage« entstand auf Initiative von Freiwilligen und zeichnet sich bis heute durch seine einzigartige Organisationsstruktur aus: Die Freiwilligen planen ihren Arbeitsalltag selbstständig und stimmen sich dafür mit den Mitgliedern des Vereins Les Volontaires au Bocage ab: Was ist zu tun? Wo wird Hilfe gebraucht?

Zwei Freiwillige kommen jedes Jahr, um auf rund zehn umliegenden Höfen zu helfen: beim Tiere-Füttern und Stall-Entmisten, beim Säen, Jäten und Ernten (Obst, Kräuter und Gemüse), beim Hecken-Schneiden und Zäune-Richten, Brot-Backen und bei der Käseherstellung. Viele Höfe sind genossenschaftlich organisiert und arbeiten biologisch. Zudem unterstützen die Freiwilligen 15 Privatpersonen (Handwerker*innen, Künstler*innen, Senior*innen) und arbeiten in einem kleinen Kino und in einer Bibliothek mit.

Überall wurden immer schon Hände gebraucht und überall dort waren die Freiwilligen rasch willkommen und bekannt. Mittags essen die Freiwilligen mit den Mitgliedern. So werden sie schnell Teil der Dorfgemeinschaft. Dabei geht es nicht nur um die Arbeitskraft der Freiwilligen, sondern um eine freundschaftliche Partnerschaft. Es ist eine ganz besondere Form des internationalen Austauschs mitten in der Provinz, der auch über Generationen hinweg reicht – viele der Mitglieder sind doppelt bis viermal so alt wie die Freiwilligen. Bei Tisch kommt es dann zu anregenden Gesprächen mit den Menschen, die oftmals eine alternativ-aktivistische, mit der Natur im Einklang lebende Philosophie verfolgen, die sie gerne mit den Freiwilligen teilen und diskutieren.

Diese ländliche Idylle hat dabei einen ernsten historischen Hintergrund: Noch in den 1970er-Jahren waren die Spuren der deutschen Besatzung und der brutalen Kämpfe zur Befreiung Frankreichs und des Kontinents sichtbar. Die deutsche Besatzungsmacht baute die Region zur Festung aus, Tausende wurden zur Zwangsarbeit verpflichtet und nach Deutschland verschleppt. Bei der alliierten Landung an den Stränden der Region wurden viele Orte bombardiert, danach kämpften sich die Truppen durch die dichte Heckenlandschaft. Viele Anwohner*innen mussten fliehen, ganze Ortsteile wurden zerstört, Felder voller Blindgänger und Munition blieben zurück.

Trotz ländlicher Idylle sind Kriegsspuren noch sichtbar

Diese schmerzhaften Erfahrungen passten nach Kriegsende lange nicht in den offziellen Erinnerungsdiskurs, erst ab den 1990er-Jahren kam es in der Region, vor allem entlang der Landungsstrände zu einem wahren Boom des Gedenktourismus. Doch neben den großen Gedenkstätten und offiziellen Zeremonien hat sich in den vielen kleineren Orten ein eigenes Erinnern »von unten« entwickelt. St. Jean le Blanc ist dafür ein Beispiel. Einige der älteren Vereinsmitglieder haben die Besatzung und die Befreiung noch als kleine Kinder miterlebt und erzählen den Freiwilligen davon. Ein Freiwilliger berichtete, dass noch knapp 80 Jahre nach Kriegsende ein älterer Herr erzählte, vor bestimmten deutschen Wörtern Angstzustände zu bekom-



Rund 50 Freiwillige und dreimal so viele Bewohner*innen kamen in St. Jean für das Jubiläum zusammen.

men. Seine Bitte an die Freiwilligen: »Fühlt euch nicht schuldig für die Vergangenheit, aber übernehmt Verantwortung für eure Gegenwart und Zukunft. Geht mit den Leuten in den Dialog. Und verliert niemals eure Hoffnung und eure Menschlichkeit.« Umgekehrt ging eine junge Frau aus dem Dorf mit *ASF* ins internationale Freiwilligenprogramm in Deutschland.

Das Festwochenende wurde vom Verein Les Volontaires au Bocage geplant. Viele halfen dabei, im Dorf Übernachtungsplätze und Verpflegung zu organisieren. Auf dem Hof Ferme d'Escures fand dann Anfang August das Wochenende mit 200 Personen, darunter 50 ehemaligen Freiwilligen statt. Viele Menschen in der Region verbindet diese Kooperation und zahlreiche ehemalige Freiwillige in ganz Deutschland und anderen Ländern teilen diesen Bezug zu diesem Ort in der Normandie.

Am ersten Abend saßen *anciens volontaires* – ehemalige Freiwillige – jeden Alters bei einem Glas Apfelsaft zusammen. Untereinander kannten viele sich noch nicht, alle Neuankömmlinge wurden mit einem herzlichen »… und in welchem Jahr hast du deinen Dienst geleistet?« begrüßt. Tags darauf gab es Kennlernspiele und die traditionellen Galettes. In kleineren Gruppen haben die Teilnehmenden anschließend verschiedene Orte besucht, wo Freiwillige in diesem Jahr oder in der Vergangenheit arbeiteten. Zwei Filme (eine alte ZDF-Produktion und ein Kurzfilm eines Freiwilligen vom Anfang der 2000er-Jahre) sowie eine Ausstellung mit hunderten Fotos, Freiwilligenberichten und Tipps für die jeweiligen Nachfolger*innen zeigten eindrücklich, wie viel sich über die Zeit verändert hat, wie viel sich aber auch durch die Jahrzehnte des Engagements zieht und bis heute erhalten ist. Abends traten lokale Bands auf und später in der Nacht schallten die Lieder aus einer deutsch-französischen Playlist über den Hof.

Elisa Caron vom Freundeskreis resümierte am Ende: »Alle Freiwilligen kommen mit ihrer eigenen Geschichte, Persönlichkeit und Erwartungen. Alle machen einzigartige Erfahrungen, knüpfen eigene Beziehungen zu den Gastfamilien, den Helfer*innen und Nachbar*innen. Sie entdecken eine völlig neue Umgebung, eine andere Kultur und neue Fertigkeiten mit Einblicken ins ländliche Leben. In der Bocage haben sie unser Leben geteilt und ihre Spuren hinterlassen. Sie haben ihre eigene Kultur mitgebracht und gehen in Freundschaft, die Jahrzehnte fortwährt.«

Kein anderes Projekt der *Aktion Sühnezeichen Friedensdienste* hat es wie dieses geschafft, 50 Jahre lang den Geist des Friedens und der deutsch-französischen Freundschaft weiterzutragen und im selben Atemzug ökologische und tief demokratische Werte zu vermitteln.

« Mais nous sommes décidés / Au lieu de faire
la guerre / ‹Débarquer› dans vos fermes /
Pour faire la paix et êtr' de bons copains »

»Aber wir sind entschlossen / Anstatt Krieg zu führen /
Auf euren Höfen aufzukreuzen / Für den Erhalt des
Friedens und der Freundschaft«

(Klaus Mersmann & Peter Splieth, Auszug aus
Liedtext zur 10-Jahresfeier 1986, aktualisiert 2026)

Lucie Wiersing und **Maxim Janke** leisteten bis September 2026 ihren *ASF*-Freiwilligendienst in St. Jean le Blanc. Ihr Dienst fand im Rahmen des Internationalen Jugendfreiwilligendienst (IJFD) statt und wurde vom Service Civique gefördert.

»Ein Haus zum Denken, ein Haus für das Herz.«

40 Jahre Partnerschaft für die Internationale Jugendbegegnungsstätte Oświęcim

Judith Hoehne-Krawczyk



Eine *ASF*-Gruppe von Stadtteilmüttern auf einer Gedenkfahrt in der IJBS, 2026.

Ein besonderer Ort der Begegnung und historisch-politischen Bildung, der Generationen von jungen Menschen aus Polen und Deutschland verbindet, darunter zahlreiche Freiwillige sowie Gruppen von Gedenkstättenfahrten der *ASF*: Die Internationale Jugendbegegnungsstätte in Oświęcim (IJBS) besteht seit dem 7. Dezember 1986. Sie wurde von der Stadt Oświęcim und *ASF* gegründet, den langen Planungsprozess und die spätere Bildungsarbeit im Haus unterstützten ehemalige Auschwitz-Häftlinge – unter anderem im Internationalen Auschwitz Komitee – maßgeblich. Seit 1995 wird die IJBS von einer deutsch-polnischen Stiftung geführt. In diesem Dezember feiert die Institution ihr 40-jähriges Bestehen.

Seit der Eröffnung finden regelmäßig gemeinsam gestaltete Gedenkstättenfahrten, Sommerlager und zahlreiche weitere Projekte in der IJBS statt: deutsch-polnische Seminare, internationale Begegnungen und zuletzt im Jubiläumsjahr eine Gedenkfahrt von Sinti mit dem 1. Sinti-Verein Ostfriesland sowie eine Gedenkstättenfahrt mit Stadtteilmüttern aus Neukölln. Ein zentraler Bestandteil dieser Kontinuität ist der Freiwilligendienst: Seit der ersten Stunde haben 70 der insgesamt 134 Freiwilligen ihren Dienst mit *ASF* in Oświęcim geleistet. Sie unterstützen die Bildungsarbeit vor Ort und wirken als Ansprechpartner*innen für die Studiengruppen.

Die Entstehung der Begegnungsstätte geht auf ebenso langwierige wie sensible Vorarbeiten seit den 1960er-Jahren zurück, die erst durch viele Fürsprecher*innen auf polnischer Seite wirksam wurden. Im Januar 1971 richtete dann eine Delegation der *ASF* eine offizielle Anfrage an die polnische Regierung für den Bau. Mitten im Kalten Krieg unter realsozialistischen Bedingungen und im Zuge der gerade erst begonnenen Neuen Ostpolitik unter Willy Brandt war das damals für alle Seiten alles andere als selbstverständlich. Auch architektonisch gaben die von Helmut Morlok entworfenen, um einen zentralen Garten angeordneten lichten Pavillons einen wegweisend mutigen Ansatz für einen Lernort vor, der Raum für die Auseinandersetzung mit den Verbrechen von Auschwitz sowie für offene Begegnung und Verständigung ermöglicht. Volker von Törne (1934–1980), einer der Wegbereiter der IJBS, beschrieb das Anliegen dieses Hauses in seinem Aufsatz »Jugend zwischen Geschichte und Zukunft« wie folgt:

> *»Aufgabe der IJBS wird es sein, junge Menschen aus aller Welt, die Auschwitz besuchen, aufzunehmen und ihnen die Gelegenheit zu geben, auf dem Hintergrund von Geschichte, die brennenden Fragen nach Verständigung und Versöhnung zwischen den Völkern zu diskutieren. Denn ohne Geschichtsbewusstsein, das auch das Wissen um Auschwitz einschließt, ist Dienst im Frieden nicht möglich.«*

Ehemalige Häftlinge begleiteten die Arbeit der IJBS seit ihrer Gründung und gaben den Projekten ihre Orientierung. Der Auschwitz-Überlebende und Präsident des Internationalen Auschwitz Komitees, Noach Flug (1925–2011), fasste prägnant zusammen, was hier seitdem stattfindet: »Ein Haus zum Denken, ein Haus für das Herz.«

Ebenso betonte die Auschwitz-Überlebende, Schriftstellerin und Ehrenbürgerin Oświęcims, Zofia Posmysz (1923–2022), die Hoffnung auf die verändernde Kraft der Begegnung an diesem Ort:

> *»Was ist die IJBS für mich? Ein Ort, wo ich wie sonst nirgendwo das Gefühl habe, dass mein Leben nicht nutzlos und leer ist, wo ich überzeugt bin, dass ich noch etwas zu tun habe, etwas Nützliches. Ein Ort, wo ich unter mitfühlenden, vertrauten und herzlichen Menschen bin. Die Begegnungen mit jungen Menschen geben mir Hoffnung. Hoffnung darauf, dass durch die Beschäftigung der Jugendlichen mit diesem Flecken Erde, wo – wie der Dichter Andrzej Winogrodzki in ergreifender Weise schrieb – ›die Grashalme aus Blut, die Steine aus Asche‹ sind, die Welt besser wird. Hoffnung, dass diese Jugendlichen die Zukunft vor einer Bedrohung, für die Auschwitz als Symbol steht, schützen können.«*

Anlässlich des Jubiläums blicken wir voller Dankbarkeit auf vier Jahrzehnte gemeinsamer Bildungsarbeit in Oświęcim. Sie bleibt ein wichtiger Auftrag an die Zukunft: Junge Menschen zu ermutigen, sich konsequent gegen Antisemitismus, Rassismus und Ausgrenzung starkzumachen und sich an historischen Orten der eigenen Geschichte wie Gegenwart zu stellen.

Judith Hoehne-Krawczyk ist stellvertretende Leiterin der Bildungs- und Programmabteilung der IJBS und leitet die *ASF*-Projekte im Haus.



Jonathan aus Rostock engagiert sich seit September in der Auschwitz Foundation in Oświęcim für Erinnerung und Dialog.

Freiwillige ein Jahr begleiten,
Engagement ermöglichen

Jetzt eine Patenschaft übernehmen!

www.asf-ev.de/freiwilligenpatenschaft

Freundeskreis: 25 Jahre aktiv für die Internationale Jugendbegegnungsstätte in Oświęcim

Rolf Krieg

»Wo haben Sie übernachtet?« Die Frage stellen wir gerne, wenn wir junge Menschen treffen, die in der Gedenkstätte Auschwitz zu Besuch waren. Meist ist die Antwort: »In der Internationalen Jugendbegegnungsstätte«. Und es kommt der Zusatz: »Ein wunderbarer Ort.«

Diese Diskrepanz der Gefühle, nämlich einen Ort zu finden, in dem Jugendliche sich zwischen den ehemaligen Lagern Auschwitz I (Stammlager) und Auschwitz II (Birkenau) wohl fühlen, überrascht.

Und das ist die wahrscheinlich größte Leistung der Internationalen Jugendbegegnungsstätte in Oświęcim/Auschwitz. Einen Ort geschaffen zu haben, in dem Wissen über den Nationalsozialismus und den Holocaust vermittelt wird. In dem die jungen Leute aber auch Ruhe finden zum Verarbeiten der Erfahrungen, sich offen austauschen können, eine innere Haltung gegen Rassismus und Nationalismus entwickeln können und gleichzeitig bemerken, wie schön Offenheit gegenüber der Welt, gegenseitige Anerkennung und Freiheit ist.

Zu diesem Zweck haben engagierte Freund*innen der Einrichtung vor 25 Jahren den **Förderverein für die Internationale Jugendbegegnungsstätte in Oświęcim (Auschwitz) Polen e. V.** gegründet.

Und wir sind am Ball geblieben: Wir stützen die Einrichtung seitdem durch Mitgliedsbeiträge und Spenden.

Der Verein mit mittlerweile knapp 70 Mitgliedern hat in den vergangenen 25 Jahren Seminare, Konferenzen, Projekte, die Publikation von Büchern, den internationalen Jugendaustausch sowie weitere Aktivitäten der IJBS unterstützt.

Helfen Sie gerne mit. Einen Mitgliedsantrag sowie die Möglichkeit der Online-Spende und weitere Informationen erhalten Sie über die Homepage:
www.freunde-der-ijbs.de

Rolf Krieg ist Vorsitzender des Fördervereins IJBS Oświęcim e. V.



ASF veröffentlicht Schutzkonzept zur Prävention sexualisierter Gewalt

Jutta Weduwen

ASF ist es ein großes Anliegen, Freiwillige, Sommerlager-Teilnehmer*innen und Mitarbeiter*innen vor Diskriminierung, sexualisierten Übergriffen und Gewalt zu schützen. Dazu gehört die systematische Prävention, eine gezielte wie sensible Intervention zum Schutz von Opfern im Fall von Übergriffen sowie die Aufarbeitung von Fällen in der Vergangenheit. *ASF* steht an der Seite der Betroffenen. Von *ASF* stehen auch unabhängige Ansprechpersonen bereit, um vertraulich und fachkundig Betroffene zu unterstützen.

Um diese Ziele bestmöglich umzusetzen, ergreift *ASF* bereits seit mehreren Jahren vielfältige Maßnahmen: Wir schulen unsere Mitarbeiter*innen, sensibilisieren Freiwillige und Teilnehmer*innen, lassen alle Programmverantwortlichen Selbstverpflichtungserklärungen unterzeichnen und setzen Vertrauenspersonen ein. Diese Maßnahmen sollen Freiwillige und Sommerlager-Teilnehmende dabei unterstützen, Übergriffe frühzeitig zu erkennen, sich zu schützen und Hilfe und Unterstützung zu erhalten.

Sexualisierte Gewalt findet in allen Gesellschaften und Lebensbereichen statt. Sie geht meistens von Männern aus und richtet sich insbesondere gegen Frauen und LGBTIQ*-Personen. Auch Männer können von sexualisierter Gewalt betroffen sein. In selteneren Fällen geht sexualisierte Gewalt von Frauen aus.

ASF hat die bestehenden Maßnahmen nun gebündelt und ein Schutzkonzept zur Prävention sexualisierter Gewalt veröffentlicht. Das Schutzkonzept ist auf unserer Website zu finden.

Prävention und Intervention

In unseren Einführungsseminaren sensibilisieren wir Freiwillige und Sommerlager-Teilnehmer*innen für das Thema sexualisierte Gewalt. Wir stärken sie darin, aufmerksam zu sein sowie ihre eigenen Grenzen wahrzunehmen, zu benennen und zu schützen.

Auch wenn Mitarbeiter*innen und Teamer*innen hinsichtlich ihres eigenen Verhaltens durch Fortbildungen und Selbstverpflichtungen sensibilisiert werden, kann es auf Seminaren, in Freiwilligenstellen oder auch im privaten Bereich zu Übergriffen kommen.

Wenn Freiwillige oder Teilnehmer*innen während ihres Dienstes sexualisierte Gewalt oder andere Übergriffe erleben, erhalten sie unmittelbar Unterstützung. Sie können sich an die zuständigen Mitarbeiter*innen wenden, die regelmäßig zu diesem Thema geschult werden. Darüber hinaus steht eine Vertrauensperson als Gesprächspartnerin zur Verfügung. Auch unsere Projektpartner*innen verpflichten sich, aufmerksam zu sein, potenzielle Gefahrensituationen zu erkennen und angemessen zu handeln.

Aufarbeitung

Wir wissen, dass es in der Vergangenheit von *ASF* auch Übergriffe von haupt- bzw. ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen gegenüber Freiwilligen gegeben hat. Bei Mitarbeiter*innen und ehrenamtlichen Teamer*innen gab es früher nicht immer ein Bewusstsein dafür, dass zwischen ihnen und jungen Freiwilligen ein Machtverhältnis besteht und (scheinbar) einvernehmliche Annäherungen oder gar Beziehungen nicht in Ordnung sind. Sie stellen vielmehr einen Übergriff beziehungsweise Gewalt in Form von Machtmissbrauch dar und können tiefe traumatisierende Spuren hinterlassen.

Wir bedauern zutiefst, dass es auch bei *ASF* sexualisierte Übergriffe gegeben hat und dass zu wenig getan wurde, um diese zu verhindern. Es tut uns aufrichtig leid, wenn mit möglichen Hinweisen in der Vergangenheit nicht angemessen umgegangen wurde.

Wir ermutigen Menschen, sich zu melden, wenn sie bei *ASF* sexualisierte Gewalt, Übergriffe und Belästigungen erlebt oder beobachtet haben, vor allem, wenn sie von haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen ausging. Es gibt dafür eine unabhängige Ansprechperson, die für vertrauliche Gespräche zur Verfügung steht. Wenn dies gewünscht wird, ist auch die Geschäftsführerin Jutta Weduwen ansprechbar. Alle Gespräche werden vertraulich geführt.

Konzept und Ansprechpersonen:
Mehr Informationen: www.asf-ev.de/praevention
→ **Daniela Kessler** (Vertrauensperson/aktuelle Fälle)
→ **Sarah Kimpel** (unabhängige Ansprechperson/Fälle in der Vergangenheit)
→ **Jutta Weduwen** (Geschäftsführerin/Ansprechperson bei *ASF*)

Jutta Weduwen ist *ASF*-Geschäftsführerin.

Ein ASF-Freiwilligendienst hinterlässt Spuren. Was hinterlassen wir?

Ein ASF-Freiwilligendienst prägt junge Menschen fürs Leben – doch auch Sie können eine bleibende Wirkung hinterlassen, indem Sie ASF in Ihrem Testament berücksichtigen. Dabei ist jeder Beitrag wertvoll: Selbst kleine Gaben helfen dabei, Brücken für Frieden und Verständigung in der nächsten Generation zu bauen.



Die *ASF*-Freiwillige im Gespräch mit einer Kollegin im Kulturhof Řehlovice

Als Ida aus Regensburg ihren *ASF*-Friedensdienst im Kulturhof Řehlovice in Tschechien begann, war zunächst offen, was dieses Jahr für sie bereithalten würde. Ein anderer Ort, eine andere Sprache, unbekannte Menschen und neue Aufgaben.

Die ländliche Gemeinde liegt über der Elbe zwischen Prag und Dresden, im nördlichen Böhmen, dem früheren Sudetenland. Die Region verbindet eine reiche, aber sehr wechselhafte deutsch-tschechische Kulturgeschichte. Die Wunden der deutschen NS-Besatzung sind noch immer nicht verheilt. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurden schließlich große Teile der deutschsprachigen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei vertrieben. Diese Vergangenheit führt bis heute zu Fragen nach Verantwortung, Schuld, Verlust, Zugehörigkeit und Erinnerung. In alten Ziegelbauten voller Grün und Kunst bietet der Kulturhof heute einen Raum für Begegnungen und kreative Workshops. Menschen aus der Region treffen auf internationale Besucher*innen, gerade auch aus Deutschland. Immer wieder geht es um die gemeinsame Vergangenheit, aber auch die Probleme der Gegenwart spielen eine Rolle. Mitten im Kontinent gelegen, zeigt sich in diesem Dorf, welch großer Wandel sich vom Eisernen Vorhang im Kalten Krieg zur gemeinsamen Grenzregion im vereinten Europa vollzogen hat: Freiwillige wie Ida und Orte wie der Kulturhof trugen dazu bei. Ida packte dafür mit an: bei Kulturveranstaltungen, beim Empfang von vielen Gästen und auch ganz praktisch im großen Garten und bei allem, was im Haus anfiel. Ida hat hier, wie viele *ASF*-Freiwillige vor ihr, neue Perspektiven gewonnen, inspirierende Menschen getroffen und sich auf vielen Ebenen weiterentwickelt.

Ein Freiwilligendienst hat einen Anfang und ein Ende. Und doch hört er nicht so einfach auf. Es sind Begegnungen, die im Gedächtnis bleiben. Fragen und Erfahrungen, die den Blick auf Geschichte, Verantwortung und Zusammenleben verändern. Und es sind Beziehungen und Freundschaften, die über den eigentlichen Dienst hinaus bestehen.

Auch die Arbeit von *ASF* lebt von langfristiger Wirksamkeit und Weggefährt*innen, die uns teilweise über Jahrzehnte begleiten. Eine dieser Unterstützerinnen ist Erdmute Eisner, Pastorin im Ruhestand und ehemalige *ASF*-Freiwillige:

»Mein Testament habe ich selbst gestaltet, denn es sollte nicht dem Zufall überlassen sein, welche Werte und welches Engagement in Zukunft bleiben. Meine Zeit mit ASF in Israel war eine prägende Lebenserfahrung, die ich anderen Generationen ebenfalls ermöglichen möchte. Deshalb habe ich ASF in meinem Testament bedacht: Viele junge Menschen sollen die Chance erhalten, aus Begegnungen zu lernen.«

Ihre Entscheidung zeigt: Ein Testament kann mehr sein als eine Regelung für den eigenen Nachlass. Es kann festhalten, was einem im Leben wichtig war und über das eigene Leben hinaus weiterwirken soll. Ein Vermächtnis oder Erbe zugunsten von *ASF*, egal wie groß oder klein, trägt dazu bei, dass junge Menschen auch in Zukunft Engagement leisten, Verantwortung übernehmen und neue Perspektiven entwickeln. Gerade heute braucht es junge Menschen, die durch internationale Begegnung und historische Aufklärung lernen, Haltung gegen Rechtsextremismus zu zeigen und aktiv für eine tolerante, offene Gesellschaft einzutreten.

Idas Jahr in Řehlovice ist zu Ende gegangen. Was ihr bleibt, sind Erfahrungen und Begegnungen. So wirkt auch die Friedensarbeit von *ASF*: Sie beginnt an einem konkreten Ort, in einer bestimmten Zeit und mit einzelnen Menschen – und wirkt oft länger, als man selbst sehen kann.

Möchten auch Sie, dass Ihr Erbe weiterwirkt? *ASF* informiert vertraulich und unverbindlich über die Möglichkeit, die Arbeit von *ASF* im Testament zu bedenken.

***ASF*-Geschäftsführerin Jutta Weduwen** steht persönlich für Ihre Anfrage bereit: weduwen@asf-ev.de/ +49 30 28 395 201.

https://asf-ev.de/testament

TERMINE

9. NOVEMBER 2026 | 19 UHR | Französische Friedrichstadtkirche, Gendarmenmarkt, Berlin-Mitte
Gottesdienst im Gedenken an die Opfer der Pogrome 1938

24. NOVEMBER 2026 | 18 UHR | Digitaler ASF-Salon Zoom-Meeting
Freiwillige berichten aus ihrem Jahr mit *ASF*

27. JANUAR 2027 | Französische Friedrichstadtkirche Gendarmenmarkt, Berlin-Mitte
Gottesdienst im Gedenken an die NS-Opfer

16.–24. FEBRUAR 2027 | Israel
ASF-Studienreise nach Jerusalem

23.–26. FEBRUAR 2027 | Paris
ASF-Studienreise nach Paris
Zwischen Exil, Flucht und Widerstand: Schriftstellerinnen und Künstlerinnen in Paris 1933–1945

5.–9. MAI 2027 | Düsseldorf
Deutscher Evangelischer Kirchentag 2027
Motto: »Du bist kostbar« (Jesaja 43,4)

29./30. MAI 2026 | Paul Gerhardt Stift Berlin (Save the date)
ASF-Jahrestagung und Mitgliederversammlung

23.–26. JULI 2027 | Kassel
ASF-Studienreise: documenta/Gedenkorte Breitenau und Witzenhausen

Weitere Informationen zu den Terminen unter www.asf-ev.de/termine oder im ASF-Newsletter: www.asf-ev.de/newsletter
asf.de | asf_ev | asf-ev | AktionSuehnezeichen

Ich möchte die Arbeit von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste unterstützen!

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste

DZI Spenden-Siegel Geprüft seit 2001

Aktionscode
ZI26B02

Ich werde Mitglied

☐ Ich möchte Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (ASF) meine Stimme geben und Mitglied werden (Mitgliedsbeitrag: 70 Euro, ermäßigt: 35 Euro).

Bitte senden Sie mir einen Mitgliedsantrag zu:

Name: .....

Adresse: .....

Mitgliedsantrag auch online unter: asf-ev.de/mitglied-werden

Ich spende

☐ Bitte ziehen Sie ab dem ..... (Datum) von meinem Konto ..... Euro
☐ einmalig ☐ monatlich ☐ vierteljährlich ☐ jährlich ein.

Dazu ermächtige ich ASF, die oben genannte Spende von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von ASF auf mein Konto gezogene Lastschrift einzulösen.

Name: .....

Vorname: .....

IBAN: ☐☐☐☐ ☐☐☐☐ ☐☐☐☐ ☐☐☐☐ ☐☐☐☐ ☐☐

E-Mail-Adresse für Einladungen und weitere Informationen: .....

Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

.....
Ort, Datum und Unterschrift der*des Kontoinhaberin*Kontoinhabers

Bitte an: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V., Auguststraße 80, 10117 Berlin. Fax: +49 30 28 395-135
E-Mail: spende@asf-ev.de

... oder einfach online spenden unter **www.asf-ev.de**

Bitte beachten: neue Kontoverbindung seit April 2023

Spendenkonto Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.
BIC: BFSWDE33XXX | IBAN: DE72 3702 0500 0003 1137 00 | SozialBank

Hinweis zum Datenschutz: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V. verwendet personenbezogene Informationen nur zur Erfüllung ihrer Aufgaben innerhalb der Organisation. Wir geben Personendaten nur an Dritte weiter, sofern dies für ihre Aufgaben erforderlich, gesetzlich vorgeschrieben oder erlaubt ist oder eine Einwilligung vorliegt. Rechtsgrundlage für diese Datenverarbeitungen sind die Abwicklung der Spende gem. Art. 6 Abs. 1 lit. b) DSGVO sowie unser berechtigtes Interesse gem. Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO, unsere Spender*innen über die Verwendung der Spende und unsere Arbeit zu informieren. Weitere Informationen zum Datenschutz finden Sie unter: www.asf-ev.de/datenschutz

Vielfalt und Solidarität stärken – gerade jetzt!

Unterstützen Sie das Engagement der ASF-Freiwilligen mit einer Spende. Die Freiwilligen begleiten Menschen am Rand der Gesellschaft und setzen sich für Erinnerung und Solidarität ein – über Grenzen hinweg.

Spenden Sie selbst oder wollen Sie eine Spende verschenken? Wollen Sie einzelne Freiwillige oder die Arbeit in einem bestimmten Land mit einer Patenschaft fördern?

Alle Informationen finden Sie hier:
www.asf-ev.de/unterstuetze-uns

→ telefonisch: +49 30 28 395-208



Bild: Quelle privat

»Erst durch meinen Freiwilligendienst habe ich erkannt, dass interkulturelle Teilhabe in einer Gesellschaft auf vielen Ebenen stattfindet. Die taube Community mit ihrer eigenen Sprache, Kultur und ihren Herausforderungen zeigt, wie vielfältig und gleichzeitig getrennt unser Zusammenleben sein kann. Inklusion bedeutet für mich auch, Brücken zwischen diesen parallelen Lebenswelten zu bauen und voneinander zu lernen. Diese Erfahrung war nur dank vieler Spenden möglich. Dafür bin ich dankbar.«

Amelie Ansorge engagierte sich 2024/2025 als ASF-Freiwillige in der Stiftung Signo für gehörlose und hörgeschädigte Menschen.

GESCHICHTE ERLEBEN – ZUKUNFT GESTALTEN

SPENDENKONTO AKTION SÜHNEZEICHEN FRIEDENSDIENSTE: IBAN DE72 3702 0500 0003 1137 00

DZI Spenden-Siegel

Das Spenden-Siegel des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI) bescheinigt den verantwortungsbewussten Umgang mit den anvertrauten Mitteln. Als Zeichen für Vertrauen trägt Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V. seit 2001 das DZI Spenden-Siegel.

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Für Überweisungen in Deutschland, in andere EU-/EWR-Staaten und in die Schweiz in Euro.

Begünstigte: Name, Vorname/Firma

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.

IBAN

DE72 3702 0500 0003 1137 00

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)

BFSWDE33XXX

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste

Danke für Ihre Spende!

Betrag: Euro, Cent

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name der/des Spender*in:

Zi26B02

ggf. Stichwort

PLZ und Straße der/des Spender*in:

Angaben zu Kontoinhaber*in/Zahler*in: Name, Vorname/Firma, Ort (keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN

DE

06

SPENDE

Datum

Unterschrift(en)

Beleg/Quittung für Auftraggeber*in

IBAN Kontoinhaber*in

Empfänger

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.
Auguststraße 80, 10117 Berlin

IBAN DE72 3702 0500 0003 1137 00
SozialBank

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste ist wegen Förderung mildtätiger und gemeinnütziger Zwecke nach dem letzten uns zugegangenen Freistellungsbescheid des Finanzamtes für Körperschaften I von Berlin, StNr. 27/659/51675 vom 28.08.2020 für die Jahre 2017 bis 2019 gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftssteuer befreit.
Es wird bestätigt, dass die Zuwendung nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet wird.

Spendenbetrag: Euro, Cent

Ihre Spendenbescheinigung

schicken wir Ihnen jeweils zu Beginn des Folgejahres automatisch zu. Für Beträge bis zu 300 Euro genügt dieser quittierte Beleg zusammen mit Ihrem Kontoauszug als Zuwendungsbestätigung.

Name Auftraggeber*in/Quittungsstempel



Ein Jahr engagiert ins Ausland?
Ein Freiwilligendienst #mitASF!

Jetzt bewerben für ein internationales Freiwilligenjahr, das ab September 2027 beginnt.

Alle Informationen und Online-Bewerbung:
www.asf-ev.de/freiwilligendienst

Wir beraten dich auch gerne persönlich:
infobuero@asf-ev.de
+49 30 28 395-184

Online
Freiwillige berichten
24. November | 18 Uhr
zoom